

**Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2022–2026**

**6. Sitzung vom 14. Dezember 2022, 19.00 Uhr**

**Zurich International School, Moosstrasse 15, 8134 Adliswil**

---

Anwesend	Wolfgang Liedtke	Präsident
	Sait Acar	Urs Künzler
	Harry Baldegger	Erwin Lauper
	Angela Broggini	Gabriel Mäder
	Reto Buchmann	Heinz Melliger
	Vera Buchmann	Kannathasan Muthuthamby
	Bernie Corrodi	Patrick Sager
	Daniela Eggenberger	Simon Schanz
	Pascal Engel	Daniel Schneider
	Xhelajdin Etemi	Jacqueline Schoch
	Daniel Frei	Christoph Sütterlin
	Heinz Geissler	Renata Vasella Billeter
	Silvia Helbling	Martin Weber
	Sebastian Huber	Pascal Welti
	Thomas Iseli	Urs Weyermann
	Martial Jacoma	Esen Yilmaz
	Renato Jacomet	
Abwesend	Ann-Kathrin Biagioli	Florian Kälin
	Hanspeter Clesle	Walter Uebersax
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Marion Gass	
Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung
	Karin Fein	Finanzen
	Marianne Oswald	Soziales

Felix Keller	Bau und Planung
Mario Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport
Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe
Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte

Abwesend

-/-

## **Traktanden**

- 1. Mitteilungen**
- 2. Ausserordentliche Fragestunde**
- 3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022-2026**
- 4. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2022-2026**
- 5. Ersatzwahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022-2026**
- 6. Finanz- und Aufgabenplan (GGR-Nr. 2022-37)**  
Aussprache und Kenntnisnahme
- 7. Budget 2023 (GGR-Nr. 2022-38)**  
Antrag des Stadtrats vom 20. September 2022 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 14. November 2022
- 8. Zivilstandsamt Sihltal-Albis, Zusammenschluss mit Zivilstandskreis Affoltern am Albis; Vertrag und Kreditbewilligung (GGR-Nr. 2022-49)**  
Antrag des Stadtrats vom 4. Oktober 2022 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 7. November 2022
- 9. Verabschiedung**

## **Eröffnung der Sitzung**

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 6. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2022–2026.

Die Sitzung ist eröffnet.

Gibt es aus Ihren Reihen Änderungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

## **1. Mitteilungen**

### **Entschuldigungen**

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Grossen Gemeinderats vier Entschuldigungen vor. Ein Ratsmitglied kommt etwas später.

### **Neues Ratsmitglied**

Ganz herzlich begrüsse ich heute ein neues Ratsmitglied. Es ist Heinz Geissler von der FDP, welcher sein Amt am 15. November 2022 für den zurückgetretenen Christoph Gubser angetreten hat. Heinz Geissler erzielte anlässlich der Gemeinderatswahlen vom 27. März 2022 insgesamt 931 Kandidatenstimmen. Im Namen des Grossen Gemeinderats heisse ich Dich herzlich willkommen und wünsche Dir viel Freude an der Adliswiler Politik, besonders in unserem Parlament.

### **Rücktritt eines Ratsmitglieds**

Jetzt haben wir ein neues Ratsmitglied begrüsst und gleichzeitig muss ich Ihnen aber auch den Rücktritt eines Ratsmitglieds bekanntgeben. Es ist ein Rücktrittsgesuch eingegangen von Gemeinderat Patrick Sager. Er ersucht um vorzeitige Entlassung aus dem Amt als Gemeinderat. Der Bezirksrat hat das Gesuch noch nicht behandelt. Wir werden Patrick Sager in der Februar-Sitzung verabschieden.

### **Weihnachten**

Als kleine Aufmerksamkeit für Weihnachten haben wir eine Leckerei aus der anderen Parlamentsgemeinde in unserem Bezirk ausgewählt. Die Hüppen sind schon 75 Jahre alt (natürlich nicht diese, welche auf eurem Tisch liegen) und werden nach einem streng gehüteten Familienrezept hergestellt. Geniesst sie in einem ruhigen Moment. (*Geschenk Straumann Hüppen aus Wädenswil.*)

### **Sitzungsort ab Februar 2023**

Dies ist die letzte Sitzung in der ZIS. Die nächste Sitzung wird wieder in der Aula des Schulhauses Hofern stattfinden. Vielen Dank an den Parlamentsdienst für die Organisation.

### **Zuweisung von Vorlagen**

An die Geschäftsprüfungskommission

- Vorlage GGR-Nr. 2022-73; Fristerstreckungsgesuch zur Motion von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Daniel Frei (FW) und Harry Baldegger (FW) vom 2. Februar 2022 betreffend "Sammlung von Plastikabfällen aller Art auf dem Stadtgebiet und Zuführung zur Wiederverwertung".

An die Sachkommission

- Vorlage GGR-Nr. 2022-71; Personalstatut; Teilrevision.
- Vorlage GGR-Nr. 2022-72; Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten.

### **Mitteilungen aus dem Stadtrat**

#### **Stadträtin Carmen Marty Fässler zum Thema "Beantwortung Petition zur Aufwertung des Adliswiler Zentrums"**

In der Petition (eingereicht am 6. Juli 2022) wurde der Stadtrat aufgefordert:

- Beim Kanton eine Reduktion der Tempolimiten auf 30 km/h auf dem geeigneten Abschnitt der Albisstrasse im Zentrum zu beantragen.
- Sich für die Aufhebung der Längsparkplätze an der Albisstrasse zwischen Wachtstrasse und Bahnhofplatz-Kreisel einzusetzen.

Wir haben Erwägungen aufgelistet bei dem Antwortschreiben:

Für Alle, die es vielleicht gerade nicht wissen: Die Albisstrasse ist eine Velo-Hauptverbindung, eingeteilt im regionalen Richtplan. Andererseits handelt es sich dabei um eine kantonale Hauptverkehrs- und Ausnahmetransportroute.

Die Stadt Adliswil hat sich intern auf Verwaltungsebene abgestimmt und ist bereits seit längerem mit den zuständigen Stellen des Kantons in Kontakt. Der Stadtrat hat dann die Forderungen beraten.

Die Fragen der Petitionäre zur Ausgestaltung der Albisstrasse beantwortet der Stadtrat wie folgt:

1. Der Stadtrat wird beim Kanton eine Reduktion der Tempolimiten auf 30 km/h auf dem geeigneten Abschnitt der Albisstrasse im Zentrum beantragen.
2. Die zwei Längsparkplätze an der Albisstrasse Nr. 7 und 9 wurden am 21. September 2022 auf Wunsch des Stadtrats demarkiert. Der Stadtrat ist offen, die Aufhebung der verbleibenden fünf Längsparkplätze an der Albisstrasse zwischen Wachtstrasse und Bahnhofplatz-Kreisel zu prüfen. Für die Prüfung wird insbesondere das betroffene Gewerbe an der Albisstrasse miteinbezogen. Allfällig kann bei einer Umgestaltung der Albisstrasse darauf verzichtet werden.

In der Legislaturplanung 2022 - 2026 wurde unter dem Schwerpunkt Stadtentwicklung ein Akzent auf die Erhöhung der Zentrumsattraktivität gelegt. Damit einhergehend soll die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum gesteigert werden. So ist dieses Schreiben gerade vor Kurzem an die Petitionäre gegangen.

## **Stadtpräsident Farid Zeroual zum Thema "Legislaturplan 2022 - 2026 des Stadtrats»**

Im vergangenen Frühling ist der Stadtrat in seiner neuen Zusammensetzung in die Amtsperiode 2022 - 2026 gestartet.

Seither hat er sich intensiv damit auseinandergesetzt, in welchen Themen er in den kommenden Jahren die Schwerpunkte setzen möchte. Der Legislaturplan ergänzt den Kernauftrag von Politik und Verwaltung, welcher die Erfüllung aller gesetzlichen Aufgaben beinhaltet, sowie die erfolgreiche Abwicklung der Projekte.

Im Gegensatz zur unmittelbaren Bewältigung des Tagesgeschäfts dient der Legislaturplan dem Stadtrat dazu, den Blick weiter in die Zukunft zu richten, Akzente zu setzen, Themen zu priorisieren.

Der Stadtrat hat in seiner Klausur die gemeinsamen Prioritäten und daraus abgeleitet die folgenden fünf Themenfelder und Schwerpunkte für die Amtsperiode 2022 - 2026 definiert:

### **Stadtentwicklung**

- Zielbild für "Adliswil 2050" erstellen
- Zentrumsattraktivität erhöhen
- Siedlungsökologie stärken
- Massnahmen zur Wirtschaftsförderung umsetzen.

### **Infrastruktur + Klimaschutz**

- Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten
- Verkehrsflüsse aufeinander abstimmen
- Hochbau- und Infrastrukturprojekte realisieren.

### **Gesellschaft**

- Adliswil als kinder- und jugendfreundliche Stadt positionieren
- Inklusion und Integration fördern
- Kulturleitbild weiter ausarbeiten.

### **Bildung**

- Qualität und bestmögliche Bildung sicherstellen
- Organisation professionell und effizient führen
- Kommunikation kundenorientiert und wo sinnvoll, digital weiterentwickeln.

### **Städtische Dienstleistungen**

- Digitale Transformation vorwärtsbringen
- Persönliche und elektronische Kommunikation ausbauen
- Sinnvolle regionale Zusammenarbeiten fördern
- Stadtverwaltung Adliswil als attraktive Arbeitgeberin positionieren.

Einen ganz frischen Ausdruck finden Sie heute Abend in Ihren Unterlagen.

## **Mitteilungen aus dem Rat**

### **Daniel Schneider (GP) zum Thema "Behördenreferendum Mehrwertabgabe"**

Ich möchte den Moment kurz nutzen um der SP, der Mitte, der GLP und den Freien Wählern nochmals für die gute Zusammenarbeit in Bezug auf das Behördenreferendum vom 27. November zu danken. Dass die Mehrwertabgabe jetzt eingeführt werden kann, gibt Planungssicherheit und bietet ein Instrument zur Steuerung der Stadtentwicklung.

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Ich möchte mich im Namen des Grossen Gemeinderats herzlich beim Stadtrat für die schönen Flaschen Adliswiler Wein bedanken.

## **2. Ausserordentliche Fragestunde**

Schriftliche Fragen: Gemäss Art. 67 der GeschO GGR findet heute aufgrund des Traktandums 7 – Budget 2022 – eine ausserordentliche Fragestunde statt.

Zuerst werden die Fragen von **Sebastian Huber (SVP) zum Thema "Taxistände beim neuen Bushof Adliswil"** aus der Ratssitzung vom 2. November 2022 beantwortet.

### **Stadtrat Mario Senn zur Beantwortung**

Wie anlässlich der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 21. September 2022 ausgeführt, beabsichtigt die Stadt keine Zuteilung und Vergabe von fixen Taxistandplätzen beim Busbahnhof. Eine dauerhafte Vergabe der Standplätze würde zu einem unbefriedigenden Zustand führen, weil es auf dem Busbahnhof zu wenige Stellflächen gibt und es müsste ein aufwändiges Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden, dessen Ausgang naturgemäss unvorhersehbar ist.

Aus diesem Grund wird sich an der heutigen Situation nichts ändern: Die fest vergebenen Taxistandplätze befinden sich auf privatrechtlicher Basis im Parkhaus zwischen Bahnhof und Poststrasse. Die dazu nötige Zusage zu dieser Lösung hat die Stadt von der Eigentümerschaft erhalten. Es fehlt nur noch die formelle Abwicklung. Zusätzlich ist die Zufahrt zum Busbahnhof für alle Taxis, im Gegensatz zum normalen Verkehr, jederzeit gestattet und es können Fahrgäste auf den vorhandenen Umschlagparkfeldern ein- und aussteigen. Nur längeres Warten auf Fahrgäste ist dort nicht gestattet.

Die beschriebene Lösung ist schon seit dem Spätsommer 2022 umgesetzt, insofern kann ich kein Inbetriebnahme-Datum als Antwort vorbringen. Einzig eine Beschilderung vom Bahnhof her muss in Zusammenarbeit mit der SZU noch angebracht werden, denn die Beschilderung, die es bereits hat, ist mir zu wenig umfassend.

### **Patrick Sager (FDP) zum Thema "Rückforderung Versorgertaxen"**

Am 19. Mai 2022 wurde von Chris Gubser (FDP) und Patrick Sager (FDP) die Interpellation betreffend Rückforderung von Versorgertaxen eingereicht, welche der Stadtrat mit Beschluss vom 23. August 2022 beantwortete. Am 26. September 2022

informierte der Kanton Zürich nun die Gemeinden über das weitere Vorgehen betreffend Rückforderung von Versorgertaxen, welches in Absprache mit dem Verband der Gemeindepräsidenten (GPV) und der Sozialkonferenz (Soko) festgelegt wurde.

- Wie geht die Stadt Adliswil nun weiter vor, respektive für welche der vorgeschlagenen Varianten für die Geltendmachung der Forderungen hat sie sich entschieden und warum?
- Mit welcher Rückzahlungssumme rechnet die Stadt Adliswil für die betroffenen Zeiträume?

#### **Antwort von Stadträtin Marianne Oswald**

- Wie geht die Stadt Adliswil nun weiter vor, respektive für welche der vorgeschlagenen Varianten für die Geltendmachung der Forderungen hat sie sich entschieden und warum?

Bei den Versorgertaxen handelt es sich vorwiegend um Ausgaben, die von der Sozialkommission gesprochen worden sind. Daher obliegt es der Sozialkommission als zuständiges Gremium, über die Varianten zur Geltendmachung zu entscheiden. Die Sozialkommission wird morgen an ihrer Sitzung vom 15.12. eine Einschätzung vornehmen und die voraussichtliche Variante dem Kanton melden. Gemäss kürzlich veröffentlichten Informationen des Kantons ist dies noch keine definitive Festlegung von Seiten der Gemeinden, sondern eine Planungsgrundlage.

Es stehen drei Varianten zur Auswahl:

1. Effektive Rückforderung aufgrund von detaillierten Rechnungen und Belegen,
2. Teilpauschalierte Rückforderung, ohne detaillierte Belege, mit einem Abzug von 15%,
3. Gesamtpauschalierte Hochrechnung: Wahl eines Zeitraums von einem Jahr, für den Belege im Detail zusammengestellt und die Kosten dann auf den gesamten Zeitraum hochgerechnet werden. Auch dabei fällt ein Abzug an, dessen Höhe nicht bekannt ist.

Aktuell ist noch nicht klar, welche Unterlagen bei Variante 1 tatsächlich einzureichen sind, deutlich wurde jedoch kommuniziert, dass dies mit einem recht grossen Aufwand verbunden sein wird. Für eine korrekte Abwicklung wird spezifisches Fachwissen vonnöten sein, da diverse Faktoren zu berücksichtigen sein werden (wie z.B. die Rückerstattung von Elternbeiträgen).

Aktuell werden intern Berechnungen erstellt, um festzustellen, wie hoch der Anteil an Kantonsbeiträgen für die Platzierungen in Kinder- und Jugendheimen in den fraglichen Jahren war. Dies ist aufgrund unterschiedlicher Regelungen in den verschiedenen Jahren sehr komplex (Aufteilung Bund/Kanton, Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe oder als Gemeindebeiträge, unterschiedliche Vorgaben und Kostentragung je nach Aufenthaltsstatus der platzierten Kinder und Jugendlichen). Anschliessend kann abgeschätzt werden, wie hoch die Mehrkosten für Adliswil wären, wenn eine teilpauschalierte Variante gewählt würde. Der Sozialkommission wird vorgeschlagen, bei einem massgeblichen Betrag Variante 1 zu wählen.

In diesem Fall müssten befristet personelle Ressourcen dafür aufgestockt werden.

Eine Herausforderung dabei könnte es aufgrund des aktuellen Fachkräftemangels sein, geeignete Personen für die korrekte Zusammenstellung und Berechnung der Rückerstattungssummen zu finden.

- Mit welcher Rückzahlungssumme rechnet die Stadt Adliswil für die betroffenen Zeiträume?

Es handelt sich um zwei Zeiträume, für die Rückerstattungen geltend gemacht werden können: für den Zeitraum von 2011 bis April bzw. Juni 2016 rechnen wir brutto mit möglichen Rückerstattungen von mindestens 2,6 Millionen Franken.

Neu wurden wir informiert, dass die Gemeinden auch den Zeitraum von 2018 bis 2021 abrechnen können, in dem wieder die Gemeinden die Beiträge bezahlen mussten. Hier sind noch keine Berechnungen verfügbar, wir gehen dabei grob geschätzt von einer Summe von rund 1 Mio. Franken brutto aus. Abgezogen davon würden die geleisteten Kantonsbeiträge, die wie gesagt aktuell eruiert werden.

Neu ist auch, dass auch im Rahmen der Zusatzleistungen Rückforderungen gemacht werden können. Hier rechnen wir mit Rückerstattungen von rund 500'000 Franken netto (Kantonsbeiträge bereits abgezogen).

Ihr merkt vielleicht, es ist eine komplexe Angelegenheit. Diese Beträge müssen zum aktuellen Zeitpunkt darum wirklich als Schätzungen gewertet werden, es besteht eine Unschärfe.

#### **Sebastian Huber (SVP) zum Thema "Situation Schultransport Stadt Adliswil"**

Seit diesem Sommer werden die Dienste des Schultransports für die Schule Adliswil nicht mehr von einer lokalen Firma aus Adliswil durchgeführt, sondern der Auftrag wurde an die Auto AG mit Sitz in Rothenburg erteilt. In diesem Zusammenhang hört man von betroffenen Eltern und der Lehrerschaft, dass diese Transporte teilweise nicht zufriedenstellend ausgeführt werden. Ebenfalls aus anderen Gemeinden am Zürichsee hört man Selbiges. So ist die Rede von Bussen, die zu spät kommen oder komplett ausfallen.

- Ist dem Stadtrat bekannt, dass es bei den Schultransporten zu Verzögerungen und/oder zu Ausfällen kommt oder gekommen ist?
- Falls Ja: Wie gedenkt der Stadtrat diese Problematik zu lösen?
- Falls Nein: Wie kommt es, dass weder die Schulpflege noch der Stadtrat in Kenntnis der beschriebenen Problematik ist und wie will der Stadtrat in Zukunft für einen reibungslosen Ablauf der Schultransporte sorgen?

#### **Stadtrat Markus Bürgi zur Beantwortung**

- Ist dem Stadtrat bekannt, dass es bei den Schultransporten zu Verzögerungen und/oder zu Ausfällen kommt oder gekommen ist?

Die Schulpflege, welche die politische Verantwortung über die Schülertransporte trägt, sowie ich als Schulpräsident und Bildungsvorsteher werden selbstverständlich laufend über relevante Vorgänge und besondere Ereignisse im Ressort Bildung informiert. Der Ressortvorsteher Bildung informiert bei Bedarf natürlich auch den Gesamtstadtrat. Gegeben die lokalpolitische Sensitivität des Themas sind die beiden Behörden unabhängig davon über den Stand der Dinge informiert worden.

Betreffend die Transporte der Schülerinnen und Schüler bewegen sich Verzögerungen und Ausfälle in einem bei einem Anbieterwechsel zu erwartenden Rahmen, auch wenn diese selbstverständlich immer unerfreulich sind. Die Erfahrung zeigt, dass der Wechsel eines Leitungserbringers – auch in anderen Dienstleistungsbereichen – immer eine gewisse Einarbeitungsphase benötigt. Bei über 180 Transporten pro Woche lässt es sich aber leider nicht vermeiden, dass ab und zu Fehler passieren.

Seitens Ressort Bildung wird betreffend Qualität der Dienstleistungserbringung ein detailliertes Qualitäts-Monitoring basierend auf den gemeldeten Fällen betrieben. Dieses wird regelmässig mit dem Dienstleister besprochen und entsprechende Massnahmen werden definiert und umgesetzt. Es ist dabei anzumerken, dass ein Teil der Fehler nicht durch den aktuellen Transportanbieter verursacht wird, sondern durch städtisches Personal oder teilweise auch Drittpersonen.

Die auf Basis des Qualitäts-Monitorings errechnete Fehlerquote des aktuellen Transportanbieters liegt während der letzten vier Wochen bei 0,14% bzw. in absoluten Zahlen einem Fehler. Das ist ein, seitens der Schulpflege, durchaus als akzeptabel zu beurteilender Wert. Daneben passierten im genannten Zeitraum vier weitere Fehler – konkret waren die Kinder dabei jeweils nicht am definierten Abholpunkt – welche jedoch durch städtisches Personal oder Drittpersonen verursacht worden sind.

- Falls Ja: Wie gedenkt der Stadtrat diese Problematik zu lösen?
- Falls Nein: Wie kommt es, dass weder die Schulpflege noch der Stadtrat in Kenntnis der beschriebenen Problematik ist und wie will der Stadtrat in Zukunft für einen reibungslosen Ablauf der Schultransporte sorgen?

Wie bereits ausgeführt, wird die Schulpflege regelmässig über die Vorgänge im Ressort Bildung informiert, ebenso falls nötig der Gesamtstadtrat. Sollte das beschriebene Controlling indizieren, dass wir strukturelle Probleme in der Qualität der Leistungserbringung haben, würden wir selbstverständlich entsprechende Massnahmen einleiten – dies betrifft natürlich alle externen Leistungserbringer, die wir haben im Ressort. Im Falle der Schultransporte lässt sich aktuell feststellen, dass sich die Fehlerquote seit der Einarbeitungsphase signifikant reduziert hat und sich gemäss unseren Zahlen aktuell auf einem ähnlich tiefen Niveau bewegt wie in der Vergangenheit.

### **Gabriel Mäder (GLP) zum Thema "Geplante Temporeduktion auf der Bucheneggstrasse"**

Die Bucheneggstrasse zwischen Langnau am Albis und Stallikon ist nicht nur die kürzeste Verbindung zwischen den beiden Gemeinden, sondern auch eine beliebte Passstrasse, welche Fahrvergnügen verspricht. Leider stellen einige Mobilisten regelmässig den eigenen Fahrspass über das Wohl der Anwohner und überschreiten die vorgegebene Höchstgeschwindigkeit auf dieser Kantonstrasse. Das ist nicht nur für die Anwohner unangenehm, da sie starken Lärmemissionen ausgesetzt sind, sondern das erhöht auch die Unfallgefahr für jene, die die Strasse ganz regulär nutzen möchten. Darum haben sich die meisten der angrenzenden Gemeinden aktiv beim Kanton dafür eingesetzt, dass Massnahmen ergriffen werden, um die Situation zu entschärfen.

So ist z.B. die Gemeinde Langnau am Albis beim Kanton vorstellig geworden, um an dieser Strecke einen Pilotversuch mit Lärmblitzern zu initiieren. Die Bemühungen haben Früchte getragen und die Regierungsräte Mario Fehr und Martin Neukomm haben nach eingehender Analyse der Situation entschieden, die maximale Geschwindigkeit auf der Bucheneggstrasse zwischen Langnau am Albis und Stallikon auf 60 km/h zu reduzieren und einen 1-jährigen Pilotversuch mit Tempo 60 auf der Albisstrasse zwischen Langnau und Hausen am Albis zu starten. Langnau, Stallikon und erst kürzlich auch Hausen am Albis haben sich sehr erfreut über die Temporeduktion und den Pilotversuch gezeigt und begrüssen das Vorgehen des Regierungsrats. Die GLP würde es nun interessieren:

- Wie beurteilt die Stadt Adliswil den Entscheid der Regierung? Unterstützt sie diesen?
- Welche zusätzlichen Massnahmen würde sich die Stadt an dieser Strasse sonst noch wünschen?

#### **Stadtrat Mario Senn zur Beantwortung**

- Wie beurteilt die Stadt Adliswil den Entscheid der Regierung? Unterstützt sie diesen?

Bei der Bucheneggstrasse handelt es sich um eine Staatsstrasse, weshalb der Kanton für die Geschwindigkeitsfestsetzung zuständig ist.

Mit Schreiben der Vorsteher der Sicherheits- und der Baudirektion vom 31. August 2022 wurden die Gemeinden östlich und westlich des Albis informiert, dass die Geschwindigkeit auf der Bucheneggstrasse ab 1. Dezember 2022 auf 60 km/h reduziert werden soll. Damit, und da ist der Kanton sonst sehr zurückhaltend, wird vom Grundsatz abgewichen, dass ausserorts grundsätzlich Tempo 80 gilt. Ob der Entscheid etwas mit dem kommenden 12. Februar 2023 zu tun hat (Regierungsratswahlen), überlasse ich Ihrer Beurteilung.

Der Stadtrat unterstützt Massnahmen, die zu einer Reduktion von Unfällen führen, aber auch bezüglich der Lärmthematik hilfreich sind. Entsprechend begrüsst er diesen Entscheid. Dies, verbunden mit der Hoffnung, dass die Geschwindigkeitsreduktion auch die gewünschten Effekte bringt, also zu weniger Unfällen und auch weniger Lärm führt. Es wird sich zeigen, ob das gelingt, was wir natürlich hoffen. Denn die Unfallauswertung bspw. zeigt, dass in der Regel nicht das Tempo an sich das Problem ist, sondern das Nichtbeherrschen des Fahrzeugs.

- Welche zusätzlichen Massnahmen würde sich die Stadt noch an der Bucheneggstrasse wünschen?

Der Stadtrat wünscht wie gesagt, dass die erwünschten Effekte bezüglich Unfällen und Lärm eintreffen und es sich nicht nur um ein Symbol handelt. Gerade beim Lärm würden wir uns aber auch wünschen, dass die Kantonspolizei da einen Schwerpunkt drauflegt - u.a. mit Lärmblitzern, wie dies auch von der Gemeinde Langnau am Albis gefordert wurde.

Zudem ist klar die Erwartung, dass die Kantonspolizei die Einhaltung der Geschwindigkeit überwacht und durchsetzt. Die Polizei Adliswil - Langnau am Albis hat hierfür keine Ressourcen. Dies habe ich im September persönlich dem Vorsteher der Sicherheitsdirektion so mitgeteilt.

**Thomas Iseli (FDP) zum Thema "Termine für die Meldung der Hochrechnungen"**

Aufgrund meines uralten Postulates ist der Stadtrat bzw. präziser, die Finanzen aufgefordert, uns dreimal im Jahr eine Hochrechnung zu präsentieren. Ganz wichtig und zentral ist die letzte Meldung betreffend die Beurteilung des Budgets für das folgende Jahr.

Nun ist schon mehrfach der Fall eingetreten, fast schon programmiert, dass diese Zahlen immer später erarbeitet bzw. geliefert wurden. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) braucht diese Zahlen frühzeitig, um diese auch bei der Beurteilung des Budgets einfließen zu lassen.

- Warum kommen die Meldungen der Zahlen vor allem gegen Ende Jahr immer später?
- Ist sich der Stadtrat bewusst, dass das eine ganz zentrale Meldung betreffend Budgetbeurteilung ist?
- Weshalb ist das trotzdem so und können die Finanzen diese wieder wie früher bis ca. zum 10. November (es muss vor der Beschlussfassung zum Budget sein) der RPK und dem Rat zustellen?

**Antwort von Stadträtin Karin Fein**

- Warum kommen die Meldungen der Zahlen vor allem gegen Ende Jahr immer später?

Dem Grossen Gemeinderat wird jeweils Ende September der Finanzplan ausgehändigt und dort drin ist die Prognose von Ende August, resp. Anfang September. Der Stadtrat möchte eine möglichst genaue Prognose per Ende Jahr erstellen, eben weil es zwischen Ende August/Anfangs September, wie im Finanzplan abgedruckt, tatsächlich noch grosse Veränderungen geben kann, wie wir auch dieses Jahr wieder gesehen haben. Dies ist leider jeweils erst Ende November möglich, also ein Steuerabschluss ist erst wieder Ende November möglich. Möglich ist, wie ich es dieses Jahr auch gemacht habe, vorher mündlich in der RPK-Sitzung eine Aussage zu machen, falls man bis dann auf Grund beispielsweise hoher Grundstückssteuern Mehrerträge gehabt hat. Aber ein Steuerabschluss, welcher dann eine Prognose auslöst, kann erst gemacht werden, wenn gewisse Fragen vom Kanton gekommen sind. Das macht man erst per Ende November.

Es ist uns sehr genau bewusst, dass das eine zentrale Meldung ist für die Budgetbeurteilung. Erfahrungsgemäss ergeben sich ja eben zwischen August und November, wenn diese Sitzungen stattfinden, diesmal war es sogar Oktober, wesentliche Veränderungen. Und sonst wäre es nicht so tragisch.

- Weshalb ist das trotzdem so und können die Finanzen diese wieder wie früher bis ca. zum 10. November (es muss vor der Beschlussfassung zum Budget sein) der Rechnungsprüfungskommission (RPK) und dem Rat zustellen?

Eben, der offizielle Steuerabschluss im Steuerprogramm ist Ende November, deshalb kommt diese Prognose, in der alle Zahlen aktualisiert sind, Ende November oder in den ersten Dezembertagen. Weil wir auf Grund der Grundsteuersitzungen, die wir bis dahin hatten und weil ich gewusst habe, dass in der letzten Grundsteuersitzung eigentlich nicht mehr sehr viel dazu kommt (es hat zwar dann doch noch

Korrekturen gegeben, aber die waren marginal), habe ich bereits dieses Jahr in der RPK-Sitzung vom 3. Oktober bekannt gegeben, wie hoch die Grundsteuererträge sein werden. Sie können im Protokoll der ca. zehnten Sitzung der Rechnungsprüfungskommission nachlesen, dass die Grundstücksteuern etwa das Dreifache sein werden von dem, was wir im Budget haben. Das heisst, die wirklich wesentliche Information, welche die Zahlen verändert hat, lag der Rechnungsprüfungskommission bereits am 3. Oktober vor. Seit dem 3. Oktober haben sich keine anderen Zahlen wesentlich verändert. Die Steuereinnahmen haben sich nicht wesentlich verändert. Deshalb war das eigentlich die wichtigste Information, welche ich der Rechnungsprüfungskommission übermitteln konnte. Wir werden aber vielleicht wieder darauf zurückkommen, dass wir tatsächlich auf die erste RPK-Sitzung, wo wir das Budget vorstellen, eine Prognose erstellen und dann halt nachher keine mehr machen, weil das ja keinen Sinn hätte.

### **Thomas Iseli (FDP)**

Wäre es nicht irgendwie möglich, dass wir auf Mitte November eine präzisere Rechnung hätten, oder wenn diese erst Ende November kommen würde, allenfalls die Gemeinderatssitzung nochmals um eine Woche nach hinten verschoben würde?

### **Stadträtin Karin Fein**

Ich habe es mit dem Ressortleiter Finanzen schon besprochen und ich werde erstens, falls ich wieder eingeladen werde zur Budgeteröffnungssitzung der Rechnungsprüfungskommission, wieder gleich verfahren, nämlich mündlich eine aktuelle Situation schildern, welche dann aber nur die Grundstücksgewinnsteuer beinhaltet als Veränderung gegenüber der Prognose, welche im Finanzplan drin ist. Denn das ist unter Umständen eine wesentliche Zahl. Aber sie wird nicht jedes Jahr so wesentlich sein wie dieses Jahr.

Die Problematik des Abschlusses ist die, dass der Steuerabschluss einfach nicht vor Ende November gemacht werden kann, weil es dann sinnlos ist. Wir werden es probieren, aber es wird nicht befriedigend sein, wenn wir den Steuerabschluss zu früh machen, weil das System nicht so weit ist. Wir können das gerne mit der Rechnungsprüfungskommission aufnehmen, besprechen und schauen, was für die Rechnungsprüfungskommission im nächsten Jahr die gangbarste Lösung sein könnte. Ich hoffe, dass ich Euch für den Moment so zufrieden stellen kann.

### **Mündliche Fragen**

#### **Kannathasan Muthuthamby (SP) zum Thema "Entsorgung 2023"**

Bestimmt hatten Sie alle hier im Saal den Entsorgungsplan 2023 im Briefkasten. Sie haben ihn vielleicht gelesen oder vielleicht auch nicht. Ich hatte ihn noch nicht gelesen, als ich darauf angesprochen wurde. Ich ging nach Hause, öffnete ihn und da stand, die Entsorgung ist nicht mehr kostenlos. Das heisst, man muss für Entsorgungen von Papier, Karton oder Glas neu einen Unkostenbeitrag von 5 Franken bezahlen. Das Schlimmste für mich ist, dass auch für elektrische Geräte bezahlt werden muss.

- Was ist der Grund für die Erhebung von 5 Franken?
- Warum hat der Stadtrat den Gemeinderat nicht im Vorfeld über diese Gebührenerhöhung informiert?

Es ist einfach im Briefkasten und dort erfährt man es. Die Entsorgung des Elektroschrotts bezahlen wir ja schon im Voraus bei einem Kauf eines elektrischen Gerätes.

### **Stadträtin Carmen Marty Fässler**

Es ist richtig, der Entsorgungskalender, welcher diesmal speziell aussieht und in ihm darauf hingewiesen wird, dass es eine Änderung gibt, ist jetzt in die Haushaltungen gekommen. Es geht hier um eine Benutzungsgebühr von 5 Franken. Es ist ein Entscheid, den der Zweckverband Entsorgung Zimmerberg (ETZI) gefällt hat, und zwar wird dieser in Wädenswil und Adliswil so umgesetzt. Das sind die beiden grossen Hauptsammelstellen neben Horgen, dort ist wie bis anhin die Benutzungsgebühr 30 Franken, wenn man mit richtig viel Material kommt und das wird sehr oft genutzt. Es ist ein Entscheid, der von ETZI gefällt wurde, es ist auch eine Medienmitteilung auf deren Seite erschienen.

- Was war der Auslöser dafür?

Einerseits ist es die Verkehrsthematik, es ist vor allem an den Samstagen ein Problem, wenn sehr viele Leute entsorgen. Andererseits sagt man, dass es sehr wichtig ist, dass die Nebensammelstellen, von denen es mehrere gibt (die Standorte sind aufgezeichnet auf dem Entsorgungsmerkblatt), mehr benutzt werden sollen.

Man bezahlt auch 5 Franken, wenn man nur Karton oder Papier entsorgt, weil wir ja pro Monat eine Haussammlung haben, bei der man das Altpapier einfach nach draussen stellen kann.

Zur vorgezogenen Entsorgungsgebühr für Elektrogeräte. Es besteht die Möglichkeit in jedem Geschäft, in dem man ein solches Gerät gekauft hat, gratis eines zurückgeben.

Der Punkt ist, es ist eine Benutzungsgebühr und nicht eine Entsorgungsgebühr.

### **Kannathasan Muthuthamby (SP)**

Du hast gesagt, es gibt viel Verkehr. Das heisst, es gibt viele Autos. Ich komme mit dem Velo zur Entsorgungsstelle und muss auch 5 Franken bezahlen. Ich finde das eine Frechheit, das ist meiner persönlichen Meinung nach eine Abzockerei. Wohin geht das Geld am Schluss? Ich habe berechnet, dass, wenn durchschnittlich 50 Autofahrer pro Tag 5 Franken bezahlen, sich pro Jahr etwa 70'000 Franken ergeben. Wohin geht das Geld?

### **Stadträtin Carmen Marty Fässler**

Selbstverständlich ist es so, dass nur Gebühren erhoben werden dürfen, die kostendeckend sind. Da die Sammelstellen Eigenwirtschaftsbetriebe sind, ist es so, dass der Kostendeckungsgrad bei 100% liegt.

Du hast die Velo/Fussgängerthematik erwähnt. Es ist so, dass man für die Benutzung des Entsorgungsparks 5 Franken zu bezahlen hat. Das ist der Entscheid, der gefällt wurde.

### **Bernie Corrodi (FW)**

Am Wochenende konnte man aus der Zeitung erfahren, dass das private Alters- und Pflegeheim Nidelbad den Standort Rüschlikon auflöst. Adliswil hat Personen im Nidelbad untergebracht, die Pflege brauchen.

- Für wieviel Personen müssen neue Pflegeplätze gesucht werden?
- Werden sie weiterhin ausserhalb von Adliswil platziert?
- Welche zusätzlichen Kosten entstehen Adliswil als Folge der Umplatzierungen?

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Die Antwort der zuständigen Stadträtin erfolgt in der nächsten Sitzung.

### **Sebastian Huber (SVP) zum Thema "Entsorgung 2023"**

Danke für Deine Frage Kannathasan Muthuthamby, ich habe noch eine Nachfrage. Wenn man momentan Sperrgut dort entsorgt, bezahlt man ja bereits einen Betrag. Ist es jetzt in Zukunft so, dass, wenn man etwas entsorgt und der Entsorgungsbetrag über diesen 5 Franken liegt, einfach diesen Betrag bezahlt, sprich, wenn man zusätzlich Altpapier abgibt oder Karton, dann bezahlt man nicht mehr, aber wenn man extra dorthin fährt mit was auch immer, um Papier abzugeben, bezahlt man 5 Franken. Ist das so richtig verstanden?

### **Stadträtin Carmen Marty Fässler**

Ja, das ist korrekt, so wie Du es ausgeführt hast. Es steht genauso in dieser Info drin. Also es geht wirklich nicht darum, dass wir keine Leute mehr wollen in diesem Entsorgungspark, sondern es geht darum, dass, wenn man eh schon Dinge wie Sperrgut bringt, die Benutzungsgebühr schon indirekt bezahlt. Das Thema liegt bei den kostenlosen Fraktionen, beim Papier, Karton, Glas (kann ja bei den Nebensammelstellen gratis entsorgt werden) und Elektroschrot. Das ist die Idee, warum wir etwas provokativ geschrieben haben, schenken Sie sich doch den Fünfliber und benutzen die Haussammlung für Papier und Karton. Wenn Sie sowieso zahlen, weil Sie kostenpflichtiges Material abgeben, ist es mit diesen fünf Franken minus gerechnet.

### **Kannathasan Muthuthamby (SP)**

In unserer Stadt ist es mehr oder weniger sauber. Ich bin überzeugt, dass gewisse Personen diese 5 Franken nicht bezahlen wollen und künftig Ihre Bratpfanne, alte Kaffeemaschine oder irgendetwas an den Strassenrand stellen werden. Das wiederum wird die Stadt für die Entsorgung ein Vielfaches kosten. Davon bin ich überzeugt. Der Gemeinderat muss etwas machen gegen diese Abzockerei.

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Das war offensichtlich keine Frage. Gibt es weitere Fragen? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zu vier Wahlvorgängen. An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen abtretenden Kommissionsmitgliedern für die geleistete Arbeit in den jeweiligen Kommissionen. Es sind dies Gabriel Mäder (GLP), Ann-Kathrin Biagioli (GLP) und Florian Kälin (Die Mitte). Ihnen gebührt ein Applaus (*Beifall*).

**3. Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022 – 2026**

Christoph Gubser (FDP) ist per 31. Oktober 2022 aus dem Grossen Gemeinderat zurückgetreten. Er war auch ein Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, weshalb wir heute seine Nachfolge in diese Kommission wählen. Die nachfolgende Wahl in die Geschäftsprüfungskommission gilt ab dem 1. Januar 2023.

**Patrick Sager, Präsident der IFK**

Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt für den zurücktretenden Chris Gubser für den Rest der Amtsdauer in der Geschäftsprüfungskommission Heinz Geissler (FDP) vor.

**Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Vorgeschlagen ist Heinz Geissler (FDP). Wird dieser Vorschlag vermehrt oder wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall.

Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats Heinz Geissler (FDP) als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022 – 2026 mit Amtsantritt ab 1. Januar 2023 als gewählt. Ich gratuliere Heinz Geissler zur Wahl und wünsche ihm Erfolg und Befriedigung im Amt.

**Das Geschäft ist erledigt.**

**4. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Sachkommission für den Rest der Amtsdauer 2022-2026**

Ann-Kathrin Biagioli (GLP) und Florian Kälin (Die Mitte) treten per 31. Dezember 2022 aus der Sachkommission aus. Die Wahlen in die Sachkommission gelten somit ab dem 1. Januar 2023.

Diese Wahl kann offen durchgeführt werden. Wenn jemand eine geheime Wahl wünscht, muss dies beantragt werden.

Es wird keine geheime Wahl beantragt.

Gemäss unserer Geschäftsordnung werden die vorgeschlagenen Personen als gewählt erklärt, wenn nur so viele Personen vorgeschlagen werden, wie Mandate zu vergeben sind.

**Patrick Sager, Präsident der IFK**

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt für den Rest der Amtsdauer 2022 - 2026 für die Sachkommission Gabriel Mäder (GLP) und Hanspeter Clesle (EVP) vor.

**Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Damit erkläre ich Gabriel Mäder (GLP) und Hanspeter Clesle (EVP) für den Rest der Amtsdauer 2022 - 2026 mit Amtsantritt ab 1. Januar 2023 als Mitglieder der Sachkommission als gewählt.

Ich gratuliere den Gewählten herzlich und wünsche Ihnen viel Erfolg und Befriedigung in Ihrem neuen Amt.

**Das Geschäft ist erledigt.**

**5. Ersatzwahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022 – 2026**

Mit der Wahl von Gabriel Mäder (GLP) in die Sachkommission wird jetzt seine Nachfolge in die Rechnungsprüfungskommission bestimmt. Auch diese Wahl in die Rechnungsprüfungskommission gilt ab dem 1. Januar 2023.

**Patrick Sager, Präsident der IFK**

Für den aus der Rechnungsprüfungskommission austretenden Gabriel Mäder (GLP) schlägt die Interfraktionelle Konferenz für den Rest der Amtsdauer 2022 - 2026 Christoph Sütterlin (GLP) vor.

**Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Vorgeschlagen ist Christoph Sütterlin (GLP). Wird dieser Vorschlag vermehrt oder wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats Christoph Sütterlin (GLP) als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022 – 2026 mit Amtsantritt ab 1. Januar 2023 als gewählt. Ich gratuliere Christoph zur Wahl und wünsche ihm Erfolg und Befriedigung im Amt.

**Das Geschäft ist erledigt.**

**6. Finanz- und Aufgabenplan 2022 - 2026 (GGR-Nr. 2023-37)**

Aussprache und Kenntnisnahme

Der Finanz- und Aufgabenplan ist ein Führungs- und Informationsinstrument des Stadtrats. Das Parlament hat deshalb kein Mitspracherecht. Mit seiner mittelfristigen Perspektive gibt er uns aber wichtige Informationen über die Finanz-, Investitions- und Steuerpolitik. Da bei diesem Geschäft kein Beschluss zu fällen ist, gibt es keine Eintretensdebatte und Detailberatung, sondern einfach eine Debatte.

**Silvia Helbling (FDP), Referentin der Rechnungsprüfungskommission**

Wie der Stadtrat in seinen einleitenden Worten schreibt, stellt der Finanz- und Aufgabenplan eine mittelfristige Perspektive dar, während das Budget kurzfristig ausgerichtete Aspekte zeigt.

Die beiden hauptsächlich steuerbaren Grössen in dieser Planaufstellung sind einerseits der Steuerfuss, mit dem der Stadtrat die Steuereinnahmen berechnet. Andererseits ist es der Gesamtbetrag der Investitionsvorhaben plus die Ausgaben des Haushalts, welche aufzeigen, wieviel Cash wir brauchen, resp. wieviel Geld wir ausgeben.

Mit dem aus den Steuereinnahmen berechneten Cash-Flow des steuerfinanzierten Haushalts können die maximal zulässigen Investitionen der Planperiode berechnet werden. Soweit die Einleitung zum Finanz- und Aufgabenplan. Der Steuerfuss diktiert den steuerfinanzierten Haushalt, dieser sollte ausgeglichen sein. Basierend auf diesem Cash-Flow hat der Stadtrat nun die maximal zulässigen Investitionen ermittelt. Die bekannten grossen Investitionen sind alle bewilligt und zum Teil bereits umgesetzt worden oder stehen kurz davor. Im Finanz- und Aufgabenplan wird festgehalten, dass mit der Auflösung der finanzpolitischen Reserve und dank der Steuerfusserhöhung auf 102% die Rechnung in der Planperiode ausgeglichen sein wird. Mit der Prognose der Planerfolgsrechnung, welche der Rechnungsprüfungskommission sehr spät vor der Verabschiedung des Budgets 23 zugestellt wurde, scheint das nicht mehr zu stimmen. Der Stadtrat verzichtet auf die geplante Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve im Jahr 2022. Somit können wir damit rechnen, dass die finanzpolitische Reserve von 9 Millionen Franken noch über das Jahr 2026 reichen wird und die Nettoschuld weiter abnehmen wird.

Die geplanten Nettoinvestitionen von rund 50 Millionen Franken zeigen, dass der Stadtrat die Zeichen erkannt hat und nur noch die unbedingt nötigen Investitionen tätigen wird oder diese aufgeschoben hat. Er liegt damit deutlich unter dem Vorjahr, der noch bei 93 Millionen Franken lag. In der Rechnungsprüfungskommission gaben einige Investitionsvorhaben doch zu kontroversen Diskussionen Anlass. So sind rund 2,9 Millionen Franken im Finanz- und Aufgabenplan im Planjahr 23 eingestellt für die Sportanlage Tal und das Garderobengebäude. Diese Investition wird als Entwicklungsbedarf bezeichnet. Die geplante Ausschöpfung mit 70% liegt im langjährigen Mittel.

Für das Budget-Jahr ist aber die Anwendung einer Ausschöpfungsquote von weniger als 100% nicht zulässig. Wir wissen also schon heute, dass wir im kommenden Jahr wohl weniger Investitionen tätigen werden als geplant und daher auch weniger Abschreibungen als budgetiert anfallen werden. Trotzdem hilft diese Massnahme, ein wesentlich realistischeres Bild der finanziellen Zukunft unserer Stadt aufzuzeigen. Die Attraktivität von Adliswil steigt stetig. Das ist sehr erfreulich und ein gutes Zeichen, dazu müssen wir aber alles unternehmen, dass es auch in Zukunft so bleibt. Dies ist unsere Aufgabe und dafür müssen wir haushälterisch mit unseren Finanzen umgehen und die Ausgaben auch betreffend Nachhaltigkeit für nachfolgende Generationen genau hinterfragen.

Mit diesen Ausführungen nimmt die Rechnungsprüfungskommission den Finanz- und Aufgabenplan 2022 - 2026 zur Kenntnis. Weitere Ausführungen folgen dann mit dem Budget.

### **Gabriel Mäder (GLP)**

Bevor ich im Namen der Mitte/GLP/EVP-Fraktion näher auf den Finanzplan 2022 - 2026 eingehe, möchte ich mich beim Stadtrat und der Verwaltung herzlich für die geleistete Arbeit bedanken. Die Dokumente sind wie gewohnt gut strukturiert und die wichtigen Informationen rasch auffindbar und sorgfältig mit nützlichen Ergänzungen

versehen. Bitte behalten sie dies bei, es erleichtert die Vergleichbarkeit von Jahr zu Jahr sehr und erspart Nachfragen und Rückantworten. Die Referentin der Rechnungsprüfungskommission hat es bereits erwähnt, der Finanzplan ist das Instrument, das den Blick nicht nur ins nächste Jahr wirft, sondern darüber hinaus Einblick in die grossen Projekte der nächsten 4 bis 6 Jahre gibt und aufzeigt, wie sich das Eigenkapital, Investitionen, Schuldenlast und Finanzierung entwickeln sollten. Um die aktuellen Zahlen besser deuten zu können, hilft ein Blick zurück. Dazu habe ich die geplanten Nettoinvestitionen aus den letztjährigen Finanzplänen herausgesucht, da diese wie keine andere Grösse den Haushalt in den letzten Jahren bestimmt haben. Bereits 2019 war klar, was auf uns zukommt, wies der Finanzplan 2019 - 2023 doch die rekordhohe Summe von 167 Millionen Franken an Investitionen über die kommenden Jahre aus. In den Folgejahren konnte der Wert kontinuierlich gesenkt werden, auf 117 Millionen Franken für 2020 bis 2024, 93 Millionen Franken im letzten Jahr und mit 50 Millionen Franken an geplanten Investitionen bis 2026 im diesjährigen Finanzplan. Die grossen Investitionen sind also getätigt. Denn die tieferen Werte kommen einerseits daher, dass viele Projekte inzwischen realisiert wurden, und andererseits, dass der Stadtrat auf Projekte verzichtet respektive diese weiter zurückstellt. Aber lassen wir uns nicht täuschen, viele Aufgaben, die heute nicht mehr im Finanzplan enthalten sind, werden noch auf uns zukommen, Gebäudehüllen müssen auch zukünftig saniert werden und Rohrbrüche gehören einfach sorgfältig saniert. Wir wünschen uns dabei eine Stadt, die nicht nur vom existenziell Notwendigen lebt, sondern auch Projekte umsetzen kann, die nützlich sind und für die Bevölkerung einen Mehrwert schaffen.

Sicherlich noch zu reden geben werden in den nächsten Jahren die Beträge, die aktuell beim Sportzentrum und Garderobengebäude im Tal eingestellt sind. Die Beträge ändern sich dabei laufend und wir hegen Zweifel, wofür genau die für 2023 geplanten Ausgaben von 2,9 Millionen Franken vorgesehen sind. Geschätzter Stadtrat, wenn die letzten Jahre eines gezeigt haben, bitte überstürzen Sie nichts, sondern holen Sie nochmals die Meinungen und Anregungen aus den Fraktionen ein, damit wir über ein breit abgestütztes, zukunftsfähiges und finanzierbares Projekt abstimmen können.

Neben den Ausführungen zu den Investitionen in die Immobilien möchten wir auch positiv erwähnen, dass der Stadtrat dazu übergegangen ist, die Neu- und Ersatzbeschaffungen der Mobilien, insbesondere des Fahrzeugparks, umfassender und detaillierter ausweisen. Diese Transparenz freut uns sehr und wir hoffen, dass Sie diese beibehalten.

In diesem Sinn nimmt die Mitte/GLP/EVP-Fraktion den Finanz- und Ausgabeplan zur Kenntnis.

### **Patrick Sager (FDP)**

Die Kommissionsreferentin hat die Zahlen bereits vorgetragen, so dass ich darauf verzichten kann, diese nochmals zu wiederholen. Der Finanz- und Aufgabenplan zeigt uns bekanntlich auf, wie der Stadtrat die nächsten Jahre einschätzt. Dabei fallen folgende Aspekte auf: Die geplanten Investitionen von 50 Millionen sind bedeutend tiefer, als wir sie in den letzten Jahren hatten. Der Stadtrat hat - sie haben das dem Finanz- und Ausgabenplan entnehmen können - aufgrund der gestiegenen Verschuldung diverse Projekte auf später verschoben und damit das Investitionsvolumen um fast die Hälfte reduziert. Vor einem Jahr waren wir mitten im Peak der

Investitionstätigkeit und es hat – zumindest so wie das Budget ausgesehen hat – sehr dunkel ausgesehen. Wir wussten aber schon damals, dass die Investitionen wieder sinken und eine Entlastung bringen werden. Mit der Prognose hat es dann bereits etwas besser ausgesehen. Mit Blick auf das laufende Jahr muss man nun feststellen, dass wir von der finanzpolitischen Schräglage, wie erwartet, weggekommen sind.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage mit steigender Inflation und Lebenshaltungskosten bestehen aber nach wie vor Unsicherheiten, welche sich auch auf den städtischen Haushalt auswirken. Die FDP Adliswil setzt sich für eine vernünftige, konsequente und massvolle Ausgaben- und Investitionspolitik ein, welche für die langfristige Finanz- und Planungssicherheit massgebend sind. Und wir setzen uns für einen attraktiven Steuerfuss ein. Wir haben nach wie vor keine finanziellen Mittel für Luxusinvestitionen. Für all die teuren Sonderwünsche, welche in den letzten Jahren hier im Rat gefordert wurden, gibt es schlicht und einfach keinen finanziellen Spielraum. Mit anderen Worten: Es ist nicht die Zeit für neue, nicht finanzierte Aufgaben und Ausgaben. Jetzt nicht und wohl auch in Zukunft nicht. Wir müssen massvoll bleiben und die Stadtentwicklung mit ihren Neubauprojekten im Auge behalten, damit wir die Schulden abbauen können. Wir müssen Wert darauflegen, wie wir die Stadt entwickeln, ohne die finanzielle Gesundheit aufs Spiel zu setzen.

Mit diesen Bemerkungen nimmt die FDP-Fraktion den Finanz- und Aufgabenplan 2022 – 2026 zur Kenntnis.

### **Stadträtin Karin Fein**

Dank an die RPK für die geleistete Arbeit und vielen Dank für den Input, welchen ich sehr gerne aufgenommen habe. Der Finanz- und Aufgabenplan ist für uns ein wichtiges Controllinginstrument. Wir prognostizieren darin die drei Rechnungsteile Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz über einen Planungszeitraum von drei Jahren. Der vorliegende Finanz- und Aufgabenplan zeigt die Entwicklung in den Jahren 2022 - 2026 und darin abgebildet ist auch eine Hochrechnung 2022 und das Budget 2023.

Drei Faktoren charakterisieren den Finanzhaushalt unserer Stadt:

Erstens eine hohe Investitionstätigkeit in der Periode 2017 - 2021

zweitens erhebliche Schwankungen in den Steuereinnahmen

und drittens grosse Schwankungen in den Zahlen des Finanzausgleichs.

In den Jahren 2017 - 2021 haben wir Nettoinvestitionen im Umfang von 191 Millionen Franken realisiert, zu etwas mehr als einem Drittel haben wir diese aus Einnahmen selber finanzieren können. Zwei Drittel mussten durch Aufnahme von Fremdkapital finanziert werden. Dadurch hat sich die Verschuldung unserer Stadt auf ein Rekordniveau erhöht. Im laufenden Jahr sind noch die letzten Ausgaben für den Bushof und den Polizeiposten zu verbuchen - weitere grosse Investitionen stehen auch in der Planperiode 2022 - 2026 an. «Nice to have?» Ich finde «Need to have» und das aus verschiedenen Gründen. Da sind einerseits die bewilligten Ausgaben von über 10 Millionen Franken für die Turnhalle mit Kindergärten am Wilacker, das Musikschulhaus an der Kilchbergstrasse, energetische Massnahmen beim Kopfholzschulhaus mit gleichzeitiger Erstellung von zusätzlich dringend benötigten Betreuungsräumen. Dazu kommen die grossen Strassenprojekte Zürichstrasse und

Sihltalstrasse. Insgesamt rechnen wir aktuell mit einem Investitionsbedarf von 82 Millionen Franken über das laufende und die nächsten vier Jahre. Wir rechnen damit, die Investitionen der kommenden Jahre zu 95% selber finanzieren zu können. Will heissen, wir haben immer noch einen kleinen Bedarf an Aufnahme von Fremdkapital. Massgeblich trägt der Steuerfuss von 102% dazu bei, dass wir so viel selber finanzieren können. Die Nettoschuld pro Einwohner wird per 2026 mit 5'100 Franken immer noch extrem hoch sein. Ein Schuldenabbau wird nur möglich sein, wenn wir ausserplanmässige Mehreinnahmen haben.

Damit zum zweiten Charakteristikum der Rechnung unserer Stadt: Die massiven Schwankungen der Steuereinnahmen konnten wir bereits in den vergangenen Jahren dazu nutzen, die finanzpolitischen Reserven zu bilden. In der Planperiode, welche jetzt ansteht, werden wir sie, falls nötig, für die Deckung von Defiziten verwenden.

In der Vergangenheit lag der Grund für die Schwankungen meist bei den Steuerauscheidungen, die Abweichungen der Jahre 2021 und 2022 stammen aus den Erträgen der Grundstückgewinnsteuer. Während wir bei den Steuerauscheidungen von Entscheiden der Stadt Zürich und dem Arbeitstempo des kantonalen Steueramtes abhängig waren, ist die Höhe und auch der Zeitpunkt von hohen Einnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern ebenfalls stark variierend und von vielen anderen, externen Faktoren abhängig. Sowohl 2021 wie auch 2022 wurden die hohen Grundstückgewinnsteuererträge durch zwei, respektive drei ausserordentlich hohe Einzeltransaktionen mit jeweils einem Steuerbetrag von je über 6 Millionen Franken erzielt. Weil solche Einzeltransaktionen nicht jährlich wiederkehrend sein werden, budgetieren wir diese Steuereinnahmen in diesem Bereich zwar auf einem hohen Niveau, rechnen aber nicht mit wiederholt hohen Einzeltransaktionen.

Die dritte Komponente, die für unsere starken Schwankungen in den Jahresabschlusszahlen der Vergangenheit verantwortlich war, sind die Zahlungen oder Zuschüsse im Finanzausgleich. Aktuell liegen wir mit unserem Steuerfuss im Bereich vom Mittel des Steuerfusses und dadurch sind wir weder eine Nehmer- noch eine Gebergemeinde.

Gemäss Finanzplanung kann ohne eine Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve in den Jahren 2023 - 2025 der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung nicht erreicht werden. Also ohne die budgetierte Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve erreichen wir das finanzpolitische Ziel des Ausgleichs der Erfolgsrechnung nicht. Ich komme beim Budget nochmals auf das zurück. Denn sollte das abgelehnt werden, also sollten Sie einer Entnahme nicht zustimmen, hätte das automatisch eine Folge. Eine ähnliche Folge, wie wir sie letztes Jahr diskutiert haben in Bezug auf die Schuldenbremse. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir in der Gemeindeordnung einen Artikel haben, der besagt, dass ein gewisses Quorum erreicht werden muss in der Abstimmung, ansonsten das Budget als nicht genehmigt gilt.

Der Steuerfuss von 102% und eben die ausserordentlichen Einnahmen aus den Grundstückgewinnsteuern werden uns aber auch helfen, die bestehende kritische Verschuldungssituation abzubauen.

Auch ich werde meine Ausführungen in der Budgetdebatte fortsetzen.

## **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Mit der Diskussion über den Finanz- und Aufgabenplan 2022 – 2026 haben Sie diesen zur Kenntnis genommen.

### **Das Geschäft ist erledigt.**

*Es gibt einen zehnminütigen Sitzungsunterbruch. Die Sitzung geht um 20:20 Uhr weiter.*

## **7. Budget 2023 (GGR-Nr. 2022-38)**

Der Stadtrat hat das Budget 2023 mit einem Umsatz von knapp 145 Millionen Franken vorgelegt. Das Budgetrecht ist das zentrale Recht eines Parlaments, die Debatte zum Budget also ein Höhepunkt in unserem jährlichen Sitzungsplan. Mit dem Budget legen wir den Rahmen für Investitionen und für die Finanzlage der kommenden Jahre fest und bestimmen ausserdem den Steuerfuss.

Es findet eine Grundsatzdebatte sowie eine Detailberatung statt. Anträge zum Gesamtbudget und zu den einzelnen Beschlussziffern müssen jetzt schriftlich bei der Ratssekretärin eingereicht sein. Falls noch Anträge offen sind, bitte ich Sie, diese jetzt abzugeben.

Antrag des Stadtrats vom 20. September 2022 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 14. November 2022.

Eintreten auf den Voranschlag ist gemäss Art. 49 Abs. 2 GeschO GGR obligatorisch.

### **Grundsatzdebatte**

#### **Silvia Helbling (FDP), Referentin der Rechnungsprüfungskommission**

Als Erstes möchte sich die Rechnungsprüfungskommission beim Stadtrat und besonders beim Ressort Finanzen, für die Umsetzung der Teil-Digitalisierung bedanken. Man hat es aber elegant fertiggebracht, den Mehraufwand in die RPK zu transferieren, in dem man auf eine Papierversion aller Unterlagen verzichtete.

Nun ist es ja nicht so, dass die Rechnungsprüfungskommission zwingend auf Papier zum Arbeiten angewiesen ist, aber bei einer solchen Entscheidung sollte man in Zukunft auch die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um digital seine Aufgaben "End to End" erfüllen zu können. Es kann nicht sein, dass die Rechnungsprüfungskommission die Unterlagen selbst ausdruckt, um dann Vergleiche, Hochrechnungen und Analysen manuell zu erarbeiten. Weiter müssen jeder Antrag und jedes Protokoll ausgedruckt, visiert und wieder eingescannt werden, wir sagen dem Informatik zu Fuss.

Lobenswert finden wir hingegen die Absicht des Stadtrats, der Rechnungsprüfungskommission einen Zeitvorsprung zu verschaffen, in dem er das Budget nach der Abnahme der Rechnungsprüfungskommission direkt elektronisch zustellt.

Uns ist bewusst, dass das nicht der Gepflogenheit entspricht und das Büro damit übergangen wird. Aber die so gewonnene zusätzliche Woche erspart der Rech-

nungsprüfungskommission einen erheblichen Mehraufwand. Die Rechnungsprüfungskommission würde es sehr begrüssen, wenn dieses pragmatische Vorgehen im Büro Anklang finden würde, zumal das Büro, gemäss Geschäftsordnung, Art. 28 keine andere Kommission mit der Prüfung des Budgets, der Jahresrechnung und des Finanzplans beauftragen kann als die Rechnungsprüfungskommission.

In diesem Jahr waren die Prüfung und Beurteilung des Budgets durch noch stärkere Abweichungen zu den effektiven Zahlen zum Vorjahr erschwert. Insbesondere der Umstand kam zum Tragen, dass die Rechnungsprüfungskommission immer wieder zuerst nachfragen musste, bis entsprechende Informationen wie Details zur Prognose der aktuellen Erfolgsrechnung 2022 weitergegeben wurden. Wir hörten schon vorher über den Informationsfluss, aber wenn mündlich und punktuell Informationen kommen, hilft das der RPK nicht, um nachher in den Fraktionen ein Gesamtbild klar darlegen zu können.

Betrachten wir zuerst die Aufwandseite des Budget 23: Der Gesamtaufwand hat sich erneut um 4,3 Millionen Franken erhöht, was der Stadtrat mit höheren Abschreibungen um 10,2% aufgrund der Investitionen ins Verwaltungsvermögen, Mehraufwendungen in der Pflegefinanzierung sowie auf teuerungsbedingten Sach- und Personalaufwand (ersterer Anstieg um 4,5% und beim Personal um 5%) erklärt. Dabei ist zu beachten, dass die Lehrerlöhne mit 6,3% einen erheblichen Teil dazu beitragen. Diese sind grossmehrheitlich durch den Kanton vorgegeben und entziehen sich unserem Einfluss. In der Folge steigen auch die gesetzlichen Abgaben entsprechend.

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Erhöhung, welche mit der Teuerung begründet wurde, kritisch hinterfragt. Die Teuerung und deren Erhöhung ist eine Tatsache, aber wie stark der Anstieg sein wird und wie stark diese Erhöhung eingerechnet werden soll, war Gegenstand der Debatte. Es muss aber unbedingt darauf geachtet werden, dass vorsichtig mit den Prognosen umgegangen wird. Die Entwicklung der Teuerung soll nicht Anlass zur Hysterie sein und zu übermässigen Erhöhungen führen.

Der Aufwand im Bereich Volksschule soll im Jahr 2023 um 3,9% steigen. Oder mit anderen Worten, er wird 1,5 Millionen Franken mehr kosten als im Jahr 2022 budgetiert. Wir müssen uns bewusst sein, dass jeder von uns bewilligte Gestaltungsplan in Zukunft auf diese Kosten hin überprüft werden muss. Eine Schülerin oder ein Schüler kostet im Schnitt 20'000 Franken im Jahr für diejenigen, die in Adliswil zur Schule gehen. Eine ganze Schulklasse kostet rund 500'000 Franken. Das sind Richtgrössen, welche dem Ressort Bildung als Planungsgrundlage dienen.

Auf der Ertragsseite können wir festhalten, dass gute Aussichten bei den Steuererträgen bestehen. Die Fiskalerträge fallen im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Millionen Franken höher aus. Dies aufgrund von prognostizierten Mehreinnahmen im Bereich Gewinnsteuern und der Grundstückgewinnsteuer.

Trotz dieser positiven Entwicklung auf der Ertragsseite resultiert im Budget 2023 ein Aufwandsüberschuss, was bedingt, dass 4,6 Millionen Franken aus der finanzpolitischen Reserve genommen werden müssen. Jedoch wissen wir nun mit der beinahe definitiven Rechnung 2022, oder Prognose vom November 2022 der Erfolgsrechnung, dass die im Budget 2023 prognostizierte Finanzlage aktuell schon nicht mehr zutrifft. Einerseits, wie wir im vorhergehenden Votum der Rechnungsprüfungskom-

mission bereits gehört haben, wird die vollständige Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve im Jahr 2022 von 3 Millionen Franken nun doch nicht so eintreffen, da die Ertragslage im Vergleich zum Vorjahresbudget doch um einiges positiver ausfällt. Dieses positive Resultat wird vor allem durch eine viel höhere Grundstücksgewinnsteuer als budgetiert erreicht. Wenn man zum Budget 2023 zusammen mit der November-Prognose der Rechnung 2022 betrachtet, werden die ordentlichen Steuern eher ansteigen, was im Budget 2023 eher noch konservativ gerechnet ist eingedenk der Entwicklung der Attraktivität von Adliswil. Andererseits ist festzuhalten, dass durch die Annahme der Mehrwertabgabe, die erst nach der Beschlussfassung der Rechnungsprüfungskommission definitiv wurde, sich die Finanzströme nochmals verändern werden. Dies unter der Annahme, dass eine seriöse Budgetierung Finanzströme, die noch nicht bestimmt sind, auch noch nicht beinhaltet. Wie mehrfach von der Finanzvorsteherin auch in der Rechnungsprüfungskommissions-Sitzung erwähnt wurde, ist mit höheren Finanzströmen mit der Mehrwertabgabe zu rechnen, die den Finanzhaushalt helfen kurzfristig zu entlasten, falls die Mehrwertabstimmung positiv ausfällt.

Diese neue Situation hat in der Rechnungsprüfungskommission zur Diskussion geführt, dass die Ertragslage und somit das Budget 2023 nicht ganz die aktuellen Prognosen der Finanzlage wiedergibt. Die Frage der Neubewertung wurde in den Raum gestellt. Jedoch hat die Rechnungsprüfungskommission sich dagegen entschieden, da die Aufwandseite unverändert bleibt. Auch die Verschuldung muss vorsichtig im Ganzen angeschaut werden. Dennoch ist auch diskutiert worden, ob mit der aktuellen Ertragslage der Entscheid der Steuererhöhung vom Vorjahr wirklich nötig gewesen wäre, da mit den Investitionsvorhaben eine gewisse Flexibilität vorhanden ist, wie wir aus dem Vergleich mit der Planung vom letzten Jahr sehen. Die Rechnungsprüfungskommission fordert vom Stadtrat mit den finanziellen Mitteln vor allem die Schulden zu reduzieren. Eingedenk des strukturellen Defizits und dem angespannten Ausgleich des Finanzhaushalts ist das dringend nötig.

Die Rechnungsprüfungskommission hat damals einstimmig beschlossen, dem Budgetantrag des Stadtrats zuzustimmen zu einem Zeitpunkt, als gewisse Informationen noch nicht vorlagen, so wie vorher ausgeführt wurde.

Zum Schluss möchte die Rechnungsprüfungskommission dem Stadtrat für die gute Zusammenarbeit danken. Sie bittet auch darum, den Dank allen Beteiligten weiterzuleiten. Einmal mehr stellen wir fest, dass jeder Bereich, jeder Mitarbeitende und alle Involvierten einen guten Job gemacht haben. Herzlichen Dank dafür.

### **Angela Brogini (GP)**

Wir danken dem Stadtrat, dem Ressort Finanzen und der ganzen Verwaltung für die detaillierte Zusammenstellung des Budgets 2023.

Das Budget 2023 ist geprägt vom starken Wachstum unserer Stadt und wird dies wohl auch noch für die nächsten paar Jahre bleiben. Der Anstieg der Einwohnerzahlen und der Erneuerungsbedarf der städtischen Infrastruktur gehen mit vielen Investitionen seitens der Stadt einher, was sich im Budget niederschlägt. So ist ein Aufwandüberschuss von 4,6 Millionen Franken nicht verwunderlich.

Es ist sinnvoll, eine Entnahme aus den finanzpolitischen Reserven zu budgetieren. Falls wir diese dank Mehreinnahmen doch nicht brauchen würden, umso besser, aber damit rechnen können wir nicht. Angesichts der hohen Verschuldung und der

tiefen Selbstfinanzierung ist es sinnvoll, den Steuerfuss auf den beantragten 102% zu belassen. Wir sind auch der Meinung, dass jährliche Steuerfuss-Anpassungen nicht nötig sind, und lieber langfristig und umsichtig geplant werden sollten. Dass über die kommenden Jahre weniger Neu-Investitionen geplant sind, hilft ebenfalls, um ausgewogenere Verhältnisse zu erreichen.

Dennoch ist es so, dass viele Investitionen nötig sind und wir diese auch tätigen sollten. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben und wir wissen nicht, wie es in den kommenden Jahren weitergeht.

Viele Faktoren, wie die Teuerung, die Arbeitslosenrate, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, liegen nicht in unserem Einflussbereich, können aber gleichwohl einen grossen Einfluss haben. Eine gewisse Unsicherheit bleibt also immer, wir sind jedoch der Ansicht, dass das Budget 2023 vernünftig und umsichtig erstellt wurde.

Die Grüne-Fraktion stimmt somit dem Antrag des Stadtrats zum Budget 2023 ohne Änderungen zu.

### **Thomas Iseli (FDP)**

Wie bereits im letzten Jahr sehen wir uns mit sehr kurzfristigen und enorm wichtigen Informationen konfrontiert und wie auch letztes Jahr geht es um die Zukunft der Stadt und deren Einwohner, das Budget 2023 ist Thema. Das Budget wurde von der RPK zu einem Zeitpunkt abgenommen, in dem noch nicht alle fundamental wichtigen Informationen erhärtet vorlagen, das bedeutet, dass nicht die volle Transparenz vorhanden war. Aufgrund des bisher Gesagten können Sie sich vorstellen, dass die FDP-Fraktion dem Stadtrat-Antrag so nicht folgen wird.

Wir akzeptieren, dass wir finanzpolitisch nahe der Grenze operieren und dass wir die Schuldenobergrenze im Auge behalten müssen. Wir akzeptieren aber auch, dass die budgetierten Ausgaben grundsätzlich notwendig sind bzw. vom Grossen Gemeinderat so bestellt wurden. Wir sind uns aber auch ganz klar bewusst, dass die Investitionen jetzt rückläufig sind, wie wir schon mehrmals hörten. Wir wissen auch, dass ein Budget immer mit einer gewissen Unschärfe daherkommt. Darum muss die Stadt immer die 100% der Investitionen budgetieren, von denen wir jetzt schon wissen, dass sie gar nicht umgesetzt werden können. Auch wissen wir, dass unsere Einnahmeseite sehr volatil ist. Sie haben die überarbeitete Jahresprognose von Ende November gesehen: Ein sehr grosser Überschuss ist daraus ersichtlich. Wenn dies so bleibt, können wir beruhigt feststellen, dass wir in all den letzten Jahren, mit Ausnahme von 2020, keine negativen Jahresabschlüsse hatten. Und so bestätigt sich ganz klar der Eindruck, dass der Stadtrat Adliswil die Einnahmen einfach immer sehr pessimistisch budgetiert. Dies ist mit dieser Hochrechnung nun eigentlich fix und muss gezielt auch berücksichtigt werden, daher haben wir eine klare Forderung und diese heisst Steuersenkung. Wir möchten darum den Bewohnern etwas zurückgeben. Wir hörten vorher ein Anliegen der SP mit diesen fünf Franken. Es wäre schon mal einen ersten Schritt, wenn wir die Steuern ein wenig reduzierten, damit man diese ein bisschen einfacher finanzieren könnte.

Zu diesen Unsicherheitsfaktoren kommt ein weiterer Aspekt dazu, der mich als Ökonom besonders interessiert, aber bei vielen von uns aus dem Gedächtnis verschwunden ist. Ich rede von der Inflation. Aufgrund diverser Gründe steigen momentan die Preise und auch die Löhne werden nominal steigen. Damit haben wir es

mit einer kalten Progression zu tun. Die Menschen schmerzt das, aber das Steuerertragsaufkommen erhöht sich. Der Stadtrat hat bei seinen Prognosen die anziehende Teuerung aber nicht bis nur sehr wenig berücksichtigt.

Dazu kommt, dass wir bereits schon letztes Jahr gesagt haben, dass es keine Steuererhöhung braucht oder brauchen wird. Das hat sich somit klar und deutlich bestätigt. Aufgrund der konstant zu pessimistisch eingeschätzten Steuererträge ist es für uns eigentlich klar und darum fordern wir das auch, nämlich eine Steuersenkung um 2% auf das frühere Niveau. Wir hätten Konstanz, wenn wir das letztes Jahr auch schon so gemacht hätten. Damit können wir den Einwohnern auch etwas zurückgeben. Schliesslich und endlich wird dem Verwaltungspersonal eine satte Teuerung von über 3,5% ausgerichtet.

Für das Budget 2023 kommt deshalb für uns nur eine Steuersenkung in Frage.

Deshalb wiederhole ich, was hier auch schon vielmals gesagt wurde: Wir brauchen eine positive Stadtentwicklung, an welcher wir uns nicht verschlucken, aber auch nicht einen immensen Gewinn. Wir brauchen eine Stadtentwicklung, die wir uns leisten können. Nur dann wird es uns gelingen, die Finanzen im Griff und im Lot zu haben. Und zwar richtig und nicht einfach, indem wir sagen, wir erhöhen einfach dauerhaft die Steuern. Wie vorhin gesagt, sind wir uns bewusst, dass wir damit finanzpolitisch an der Grenze operieren. Bezüglich des mittelfristigen Ausgleiches sind wir aber durch das supergute Resultat sowieso auf der guten Seite. Wir sehen die Grenze der Schuldenbremse, die aber immerhin noch etwas entfernt ist und in dieser bisher ja die grosse Saldoverbesserung noch gar keinen Einzug gehalten hat und nicht berücksichtigt worden ist. Zur Einhaltung der Schuldenbremse ist die Senkung der zwei Steuerprozent absolut kein Problem.

Aus diesen Gründen werden wir bei den Ausgaben der Produktgruppen den Globalbudget-Anträgen zustimmen, beim Steuerfuss beantragen wir aber ganz klar eine Steuersenkung auf das alte Niveau von 100%.

Die FDP-Fraktion setzt sich für eine sorgfältige Finanzpolitik ein, die aber die wirtschaftliche Situation nie ausser Acht lassen sollte und weitsichtig ist. Wie hoch müssen dann Gewinne noch ausfallen, damit über den Steuerfuss gesprochen wird und der Bevölkerung etwas zurückgegeben wird? Mehrfach wurde argumentiert, man brauche die 102%, um das derzeitige Leistungsniveau und all die bestellten Investitionen zu finanzieren. Das kann wohl sein, aber mit einem solchen Ertragsüberschuss kann dies problemlos mit einer Steuerfussreduktion wohl über Jahre gemacht werden. Wir bitten den Stadtrat deshalb, im nächsten Jahr frühzeitig transparent zu sein, um objektiv das Budget mit den erhärteten Vorjahreszahlen beurteilen zu können!

Unsere Stadtentwicklung ist bekanntlich durch Peaks geprägt. Aktuell sehen wir das durch die Investitionen in die Infrastruktur, welche den Bewohnern noch über einige Jahrzehnte Nutzen stiften werden. Diese Ausgaben nun vornehmlich der heutigen Generation zu belasten, ist schlicht und einfach nicht fair. Alle Generationen, die davon einen Nutzen haben, sollen sich an den Kosten beteiligen und die Verschuldung soll dementsprechend auch über diese Nutzungszeit abgebaut werden.

Eine Rückweisung des Budgets 2023 sehen wir als nicht gerechtfertigt an, aber eine Steuersenkung muss bei diesen Zahlen ganz klar aufs Tapet. Wann beginnen auch andere Parteien das zu sehen, zu diskutieren und zu unterstützen? Wenn nicht jetzt, wann dann?

Wir danken der ganzen Stadtverwaltung für ihre Dienstleistungen und ihren tollen Einsatz im Jahr 2022 und hoffen, dass dies auch gelingen wird, wenn wir bei den Steuern diese 2% reduzieren.

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Lieber Thomas, ich entnehme Deinen Ausführungen, dass Du später einen Antrag auf Steuerfussenkung auf 100% stellen willst.

Ich stelle fest, dass bisher hier vorne kein schriftlicher Antrag vorliegt. In unserer Geschäftsordnung steht, dass "Anträge in der Regel vor der Beratung des betreffenden Gegenstandes schriftlich einzureichen sind." Das gilt insbesondere für solche Anträge wie Senkung des Steuerfusses, die weitreichende Folgen haben, nämlich auch Folgen auf andere Dispositionsziffern. Ich werde in Zukunft solche Anträge nicht mehr mündlich entgegennehmen, sondern zurückweisen.

### **Gabriel Mäder (GLP)**

Auch dieses Jahr war die Bewertung des Budgets 2023 keine einfache Angelegenheit, haben doch die aktuellen Prognosen für das laufende Jahr wenig mit dem ursprünglichen Budget 2022 gemein. Anstatt eines Verlustes zeichnet sich ein beträchtlicher Ertragsüberschuss aus. So erfreulich die höheren Erträge auch sind, diese grossen Schwankungen machen eine verlässliche Planung fast unmöglich, aber der Mitte/GLP/EVP-Fraktion standen alle relevanten Zahlen zur Verfügung, um das Budget bewerten zu können. Die verbliebene Unschärfe in der Prognose, die sich noch im letzten Moment ergeben hat (und damit sind nicht die 14 Millionen aus der Grundstücksgewinnsteuer gemeint, welche bereits bekannt waren), ist für uns im Rahmen des Akzeptablen.

Neben der Freude über die höheren Grundstücksgewinne, gilt es die laufenden Kosten in den Ressorts im Auge zu behalten. Dabei sticht dieses Jahr als Hauptkostentreiber die geplante Lohnerhöhung von 2,5% in der Verwaltung hervor. Aktuell liegt die Inflation noch etwas höher als die 2,5%, aber angesichts der negativen Inflation in den vergangenen Jahren ist die Fraktion zum Schluss gekommen, dass der Stadtrat dabei mit Augenmass gehandelt hat und so den Angestellten der Stadt Adliswil die Wertschätzung zukommen lässt, die sie verdienen. Besten Dank für ihre Arbeit im letzten Jahr.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Lohnkosten für 2023 auf 39 Millionen Franken veranschlagt sind. Zur Einordnung: aus den ordentlichen Steuern aus dem laufenden Rechnungsjahr 22 werden Erträge von knapp 60 Millionen Franken Erträge erwartet. 2/3 von den ordentlichen Steuererträgen werden somit für Löhne aufgewendet.

Ebenfalls eine signifikante Kostenerhöhung ist im Pflegebereich zu verzeichnen, da sich die Anzahl älterer Adliswiler und Adliswilerinnen kontinuierlich erhöht. Der Gesamtbetrag für die Pflegefinanzierung wird für 2023 mit knapp 7,5 Millionen Franken angegeben. Dabei unterstützen wir den Stadtrat in seinen Bemühungen, durch ambulante Pflege, Betreuung und Prävention stationäre Aufenthalte möglichst zu vermeiden respektive auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Wir sind überzeugt, dass sich dadurch nicht nur die Kosten für alle Betroffenen senken lassen, sondern dass auch die Lebensqualität verbessert wird.

Kommen wir zum erfreulichen Teil. 14 Millionen Franken höhere Grundstücksge-  
winne, das ist eine schöne Überraschung, besonders wenn die Gewinne aus einen  
Geschäft aus dem Jahr 2011 stammen. Das lässt sich schwerlich planen und ist  
keine Referenz für die kommenden Jahre. Mit den steigenden Hypozinsen wird sich  
die Wertsteigerung von den Immobilien eher abflachen und lässt tiefere Gewinne  
erwarten. Daneben sollten wir aber die höheren Zahlungen aus dem kantonalen  
Strassenfonds nicht vergessen. Das Volk hat 2020 darüber abgestimmt, dass der  
Strassenfonds nicht nur für kantonale Strassen, sondern auch für Gemeindestras-  
sen verwendet werden kann, und nächstes Jahr fliessen erstmals die Zahlen ins  
Budget ein. Dadurch steigen die Zahlungen um knapp 2 Millionen Franken und dies  
nicht nur einmalig, sondern permanent. Die Regierung weist allerdings darauf hin,  
dass die Gelder für Strassenprojekte verwendet werden müssen. Nun, das sollte bei  
uns kein Problem sein.

Dank den höheren Einnahmen ist die Entnahme von 3 Millionen Franken aus den  
finanzpolitischen Reserven nicht mehr nötig und kann fallengelassen werden, wie  
der Stadtrat selbst festgestellt hat. Wir halten das für sehr vernünftig. Und trotzdem  
wird noch mit einem stattlichen Gewinn von ca. 12 oder 13 Millionen Franken im  
Jahr 2022 gerechnet. Das hört sich sehr gut an, ist aber leider nur ein Tropfen auf  
den heissen Stein. Und dieser Stein heisst Schuldenberg. Im Jahr 2019 noch wies  
die Stadt Adliswil eine Nettoverschuldung von 15 Millionen Franken aus, und jetzt,  
2021, ist die Nettoverschuldung auf sage und schreibe 91 Millionen Franken ange-  
stiegen oder pro Kopf ausgedrückt auf 4'829 Franken. Damit belegen wir den un-  
rühmlichen 3. Rang der Gemeinden mit der höchsten pro Kopf Verschuldung im  
Kanton Zürich. Übertroffen werden wir nur noch den Städten Zürich und Winterthur.  
Das ist ein Titel, auf den die Fraktion gerne verzichten würde. Und vergessen Sie  
nicht, wir sprechen hier von der Nettoverschuldung, die langfristigen Schulden lie-  
gen bei 120 Millionen Franken und kurzfristigen Verbindlichkeiten von knapp 75 Mil-  
lionen Franken. Der Schuldenberg beläuft sich somit auf fast 200 Millionen Franken.  
Wenn sie nun erwarten, dass die Mitte/GLP/CVP-Fraktion aufgrund von diesem ein-  
maligen Lottogewinn aus den Grundstückgewinnsteuern die Steuern senken wür-  
den, muss ich sie enttäuschen. Natürlich könnten wir uns selbst ein nettes Weih-  
nachtsgeschenk unter die Krippe legen, aber wir möchten, dass auch die Generation  
nach uns davon profitiert. Wir verfolgen eine langfristige, nachhaltige Finanz- und  
Steuerpolitik. Wir sind froh über den Überschuss in diesem Jahr und legen dem  
Stadtrat nahe, damit die Schulden abzubauen. Aber eine Steuersenkung in der ak-  
tuellen Situation wäre nicht seriös. Entsprechend werden wir den Anträgen des  
Stadtrats zustimmen.

### **Urs Künzler (SVP)**

Die zahlenlastigen Ausführungen zum Budget haben Sie durch die Vizepräsidentin  
der Rechnungsprüfungskommission erfahren, ich erspare Ihnen die Wiederholun-  
gen. Wieder einmal fehlen uns in diesem Budget klare Anstrengungen oder Aussa-  
gen bezüglich Sparen. Wir fordern, dass auf der Kostenseite endlich etwas getan  
wird, nicht nur immer auf der Ausgabenseite, dass der Finanzaufwand nicht nur in  
eine Richtung zeigt und zwar nach oben. Aus unserer Sicht hat es doch noch or-  
dentlich Luft im Budget.

Die SVP war mit dem Vorschlag des Stadtrats, letztes Jahr die Steuern zu erhöhen,  
nicht einverstanden. Nun hat sich gezeigt, dass die Erhöhung auf Vorrat überhaupt  
nicht nötig gewesen wäre. Dass der Stadtrat weiterhin auf dem gewohnten Kurs mit

Investitionen bleiben kann, hat er diese Erhöhung durchgedrückt. Wieder stellt sich die Frage, ob Investitionen, die nicht dringend getätigt werden müssen, nicht nach hinten geschoben werden können. Wenn man die Entwicklung über die letzten zehn Jahre beobachtet, steigen Budget und Ausgaben kontinuierlich an und nirgendwo zeigt sich wirklich Einsparungswille. Solange die Steuern sprudeln, kann man ja mit vollen Händen ausgeben. Gehen die Steuereinnahmen etwas zurück ist es natürlich verlockender, einfach den Steuerfuss zu erhöhen, als sich Gedanken zu machen, wo Einsparungen möglich wären, auch wenn da und dort Komforteinbussen zu akzeptieren wären.

Wir stellen auch fest, dass der Personalbestand der Verwaltung nur eine Richtung kennt, nach oben, auch eine komfortable Lohnanpassung wurde budgetiert. Die düstere Prognose, dass die Steuereinnahmen im 2022 markant tiefer ausfallen werden, hat sich nicht bewahrheitet. Es wird bereits wieder von steigenden Steuererträgen ausgegangen.

Zum Budget für das kommende Jahr: Wir haben den Budgetentwurf 2023 kontrovers und ausführlich diskutiert und schliesslich zähneknirschend akzeptiert. Die nächsten Jahre werden finanziell sicher nicht sehr komfortabel sein, aber jeweils nur mit dem Instrument der Steuererhöhung zu reagieren ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Und plötzlich brauchen wir keine Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve mehr und weisen einen Überschuss in mehrfacher Millionenhöhe aus. Zusätzlich werden aus der MAG ebenfalls Finanzen erwartet, die noch obendrauf kommen.

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtrat noch mehr Sparanstrengungen realisieren könnte. In diesen Zeiten wäre dies sehr angezeigt, denn das Risiko von Teuerung und Inflation im Budget in keiner Weise zu berücksichtigen ist problematisch. Das Stadthausareal liegt immer noch brach und bringt keinen finanziellen Nutzen für die Stadt, wohlverstanden das teuerste Bauland in Adliswil, seit über 30 Jahren. Vernünftige Lösungen lassen immer noch auf sich warten.

Die SVP-Fraktion fordert die Senkung des Steuerfusses ebenfalls auf wieder 100%. Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für ihre Arbeit.

### **Esen Yilmaz (SP)**

Ohne Zahlen geht es bei keinem Budgetvotum, deshalb muss ich leider doch ein paar nennen. Wir sollten zuerst die Zahlen erwähnen, welche im Budget Gewicht haben. Beginnen möchte ich mit dem Ertrag:

Der Stadtrat rechnet hier mit 144,7 Millionen Franken und somit über 4 Millionen Franken höher als im letzten Budget (ich möchte hier einen Vergleich machen, damit das besser ersichtlich ist.) und einem Plus von 11,30 Millionen Franken zur letzten Jahresrechnung. Beim Fiskalertrag wird das Budget mit 89,6 Millionen Franken veranlagt, somit 3,2 Millionen Franken geringer als im Vorjahr. Beim Transferertrag wird u.a. mit einer einmaligen hohen Rückerstattung bei den Versorgertaxen gerechnet, was zu einem Mehrertrag von 1,4 Millionen Franken führt. Eine Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von 4,6 Millionen Franken ist die auffälligste Zahl und somit 1,6 Millionen Franken höher als im letztjährigen Budget.

Nun zum Aufwand:

Die Zahl von 144,7 Millionen Franken ist ziemlich dieselbe wie der Ertrag, ein Nullsummenspiel, wie wir schon mehrmals hörten. Eine mutige Veranlagung, welche es

nun mit der Jahresrechnung 2022 genau zu prüfen gilt. Nicht nur den gesamten Aufwand, sondern alle Ausgaben sollten unter die Lupe genommen werden. Ein Vergleich mit dem vorhergehenden Budget oder der Jahresrechnung ist hier sehr schwierig. Der Personalaufwand erhöht sich um 1,7 Millionen Franken und gilt für alle Angestellten der Stadt, inklusive des Teuerungsausgleichs und des erhöhten Verwaltungsaufwandes.

Der grösste Kostentreiber ist jedoch mit 3,2 Millionen Franken die Erhöhung des Transferaufwands, welcher auf die Mehraufwendungen in der Pflegefinanzierung zurückzuführen ist.

Investitionen:

Hier wird mit 22,8 Millionen Franken gerechnet, wobei die Werkbetriebe mit 13,3 Millionen Franken der grösste Kostentreiber sind. Kann man jetzt aufatmen, dass die Investitionen endlich abnehmen? Leider nein, denn im Finanz- und Aufgabenplan sind die zukünftigen Investitionen genau ersichtlich. Da die einzigen Konstanten die Entwicklung und die Veränderung sind, können wir hier nicht stehen bleiben, sondern müssen den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen. Achtung, das Fremdkapital wird per Ende Jahr 195 Millionen Franken betragen. Zum Glück werden wir aber ein sehr hohes Eigenkapital von 94 Millionen Franken haben und somit eine EK-Quote von 34%. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt diesmal auf 31% gegenüber dem Budget 2022, welches damals bei 64% lag.

Wachstum:

Vor der Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve wird gegenüber dem letzten Budget, ein um 0,9 Millionen Franken schlechteres Ergebnis prognostiziert. Dies ist zur Hauptsache auf Mehraufwendungen in der Pflegefinanzierung, im Personal- und Sachaufwand sowie höheren Abschreibungen zurückzuführen.

Fazit:

Mit dem beantragten Budget könnte die Zielsetzung des mittelfristigen Haushaltgleichgewichts erreicht werden. Gemäss den nachträglich gelieferten letzten Prognose 2023 sollen unsere Finanzen nächstes Jahr besser ausfallen, zumindest positiver beim Ertrag. Ich möchte es trotzdem erwähnen, ich habe mein Votum ein wenig geändert. Nun ein paar Worte zum Ablauf bei der Prüfung des Budgets und den verspäteten, letzten Prognose 2023 seitens Finanzverwaltung.

Zweimal haben wir dazu schon etwas gehört, ich möchte aber trotzdem noch meine Meinung dazu kundtun. Ja, unsere Finanzvorsteherin hat uns informiert, aber die Finanzkennzahlen, also die absoluten Zahlen, sind zu spät geliefert worden. Absolut versus Relativ: Bei der Information sagte sie, dass es dreimal mehr sein werde, und in der Prognose bekamen wir die absoluten Zahlen. Ich finde es trotzdem wichtig, das muss rechtzeitig kommen und so geht das nicht.

Die Entscheidung des Rats von heute wird direkten Einfluss auf die finanzielle Zukunft Adliswils haben. Die SP-Fraktion folgt mehrheitlich dem Antrag des Stadtrats.

**Daniel Frei (FW)**

Das Budget 2023 weist einen Überschuss von 1'000 Franken aus, also grundsätzlich eine schwarze Null. Ein ausgeglichenes Budget sollte das Ziel jeder politischen Gemeinde sein. Dies ist auch gleichbedeutend, wie dass wir weder Empfänger noch

Zahlstelle sind für den Finanzausgleich. So soll es doch sein. Wir hängen nicht am Nabel von anderen, noch müssen wir etwas abgeben, das ist für mich ein gutes Gefühl. Ziel erreicht in dieser Beziehung.

Das ausgeglichene Budget erreichen wir nun aber nur mit einem selbstverständlich finanztechnisch legalen Trick. Wir planen, 4,6 Millionen Franken aus den finanzpolitischen Reserven zu entnehmen. Es ist einerseits unschön diese anzugreifen, zeigt aber auch, sie sind nicht umsonst da und man soll sie auch nutzen. Ein ausgeglichenes Budget, gleichbleibender Steuerfuss, grob gesagt, Thema gegessen und dem Budget zustimmen.

Wie wir schon mehrmals gehört haben und was mich natürlich auch nicht überrascht, ist immer wieder das emotionale und politisch interessante Thema des Steuerfusses. Täglich grüsst das Murmeltier. Die relativ hohen und fetten Grundsteuergewinnsteuern, die wir dieses Jahr haben, sind wirklich eine schöne Zahl und wecken natürlich Begehrlichkeiten, den Steuerfuss zu senken. Grundsätzlich gefällt die Idee auch mir (auch wenn das mir schon fast niemand mehr glaubt), den Steuerfuss zu senken, wenn es möglich ist. Ich habe gar nichts dagegen, den Steuerfuss so tief wie möglich zu halten. Aber wirklich so tief wie möglich und nicht so tief wie gewünscht. Unsere Stadt ist immer noch im Wachstum und weitere Investitionen sind damit verbunden. So wie es aussieht haben wir zwar eine Entspannung, was den Ausbau der Schulden anbelangt, aber diese Zahl finde ich trotz unter Schuldenobergrenze immer noch beängstigend hoch. Es ist viel Geld. Ich bin auch der Meinung, dass man von ausserordentlichen Einnahmen, wie sie Gabriel so schön als Lotteriegewinn bezeichnete, dem Volk, uns und den anderen Steuerzahlern, etwas davon zurückgeben sollte. Wenn man dies aber nicht sofort macht, wie über eine Steuersenkung, welche bei den Meisten sehr schnell wirkt, heisst das nicht, dass wir dem Volk nichts zurückgeben. Wir haben, wie ich schon erwähnte, immer noch eine sehr hohe Verschuldung. Wenn man diese vielleicht schneller abbauen kann als geplant, haben wir auch etwas zurückgegeben, wenn auch vielleicht nicht so schnell und effektiv, dafür langfristig gesehen. Gerade von den Zinsprognosen werden wir im Moment überrannt, bei den Zentralbanken kommt Bewegung hinein und irgendwann schlägt sich das auch auf die Kredite. Auch wenn wir, wie ich gesehen habe, im Moment noch relativ günstige Kredite haben, so kann sich das plötzlich schnell ändern und wenn wir dann nicht schon abgebaut haben und diese verlängern müssen, könnte dann der Zins der Kredite plötzlich höher sein als das, was wir jetzt kurzfristig gewonnen haben über die Steuersenkung. Es sind Mutmassungen, die es zu überlegen gilt. Ich mache keine Zinsprognosen über lange Zeit, da lagen ja alle falsch über viele Jahre. Die ersten Drehungen hatte man schon viel früher erwartet. Darum mache ich keine Prognose dazu, aber ich zeige Eventualitäten auf. Ein Geschenk zu machen wegen diesem ausserordentlichen, unerwarteten und erfreulichen Gewinn ist vielleicht etwas gefährlich und auch in meinen Augen kurzfristig statt langfristig gedacht.

Über die einzelnen Budgetposten werde ich nicht referieren. Diese Prüfung ist Aufgabe der Rechnungsprüfungskommission, welche dies geprüft hat und auf deren Arbeit wir auch vertrauen. Anträge diesbezüglich hätten die Fraktionen über ihre Vertreter vorher einfließen lassen müssen.

Auch die Freien Wähler bedanken sich bei allen Beteiligten der Stadtverwaltung und den Ressortverantwortlichen und allen Beteiligten bei der Erstellung des Budgets 2023 für ihre wohl sehr emotionale und komplexe Arbeit und für den Einsatz.

Die Freien Wähler folgen der Empfehlung der Rechnungsprüfungskommission das Budget unverändert zu genehmigen bei gleichbleibenden Steuerfuss von 102%.

### **Daniel Schneider (GP)**

Ich möchte mich kurz zum Antrag der FDP und SVP äussern. Wenn in unserer Geschäftsordnung steht, dass solche Anträge vorgängig schriftlich eingereicht werden müssen, dann sehe ich jetzt keinen Grund darüber abzustimmen, wenn diese nur mündlich gefordert wurden.

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Es ist eben in der Geschäftsordnung eine weiche Formulierung. Es steht: "in der Regel". Aber es gilt trotzdem, was ich gesagt habe. So weitreichende Anträge erwarte ich in schriftlicher Form vor Beginn des Traktandums.

### **Sebastian Huber (SVP)**

Ich kann das durchaus nachvollziehen, dass es für die Planung der Zahlen besser wäre, wenn solche Anträge vorgängig eingereicht würden. Aber wie Du, Wolfgang, jetzt auch präzisiert hast, steht in der GeschO GGR "in der Regel". Daher ist es nicht am Präsidium zu sagen, dass solche mündlich gestellten Anträge nicht mehr angenommen werden. Es gibt keinen Passus, welcher dies absolut verbietet. Man kann dies wünschen, es ist aber keine Vorgabe.

### **Stadträtin Karin Fein**

Vielen Dank für die einmal mehr engagierten Diskussionen vor und während (und wahrscheinlich auch noch nach) der Sitzung und für Ihre Voten. Die Transparenz über die Zahlen war in der Rechnungsprüfungskommission anfangs Oktober 2022 vorhanden - ich kann diesbezüglich weder die Argumentation der FDP noch diejenige der SP nachvollziehen. Noch weniger nachvollziehbar sind für mich die Gründe, weshalb die SVP-Fraktion gegen das vorliegende Budget opponiert. Das Budget wird aufgrund der Leistungsziele und Indikatoren sehr sorgfältig erstellt.

Trotz nach wie vor guten Aussichten bei den Steuererträgen schlagen sich die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen und die Teuerung im Budget 2023 der Stadt Adliswil nieder.

Dies ist zur Hauptsache auf Mehraufwendungen in der Pflegefinanzierung, im Personal- und Sachaufwand sowie auf höhere Abschreibungen aufgrund der grossen Investitionen der vergangenen und des laufenden Geschäftsjahres zurückzuführen. Die Zahlen dieses Budgets sind unter stetigem Streben nach Realisation von Sparpotential erstellt worden. Ich gehe auf die bereits erwähnten Zahlen nicht nochmals im Detail ein.

Lieber Gabriel, die Einnahmen aus dem Strassenfonds sind wie budgetiert bestätigt. Die noch anstehenden Investitionen und laufenden Ausgaben haben eine direkte Auswirkung auf die Höhe der selber finanzierten Investitionen. Die Nettoschuld der Stadt Adliswil von Ende 2021 mit 92 Millionen Franken wird sich innert zwei Jahren bis Ende 2023 auf knapp 106 Millionen Franken weiter erhöhen. Die steigenden Belastungen in der Erfolgsrechnung erschweren den mittelfristigen Ausgleich des Haushalts. Nur durch die vollständige Entnahme aus den Reserven können wir diese über die nächsten Jahre ausgleichen.

Ein Wort noch zur Mehrwertabgabe: eine solche zu budgetieren würde voraussetzen, dass der Rat, also Sie hier im Saal, bereits mindestens einen privaten Gestaltungsplan verabschiedet hätten. Zwei sind pendent, einer davon schon länger. Weil es ohne eine solche Verabschiedung eines privaten Gestaltungsplans schlicht und einfach keine Grundlage gibt, um eine solche Abgabe zu budgetieren. Mit einer Budgetierung solcher Einnahmen würden wir Ihrem Entscheid zuvorkommen, das wäre undenkbar.

Das Budget 2023 haben wir mit einer Entnahme von 4,6 Millionen Franken aus der finanzpolitischen Reserve berechnet.

Das Weglassen dieser Entnahme wird dazu führen, dass wir voraussichtlich einen Jahresverlust in dieser Höhe ausweisen würden. Ich erwähne nochmals die Gemeindeordnung Artikel 41, mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung. Wenn der nicht erreicht wird, lautet Absatz 3 Vorschrift, dass dann das Budget der Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Grossen Gemeinderats bedarf. Wird die Mehrheit nicht erreicht, gilt das Budget als zurückgewiesen.

Die Ablehnung des Budgets hat zur Folge, dass die Stadtverwaltung im neuen Jahr lediglich gebundene und unerlässliche Ausgaben tätigen kann. Also nicht nur gebundene, sondern auch unerlässliche. Jede Ausgabe ist auf diese Kriterien hin sorgfältig zu prüfen. Auch der Teuerungsausgleich für die Mitarbeitenden würden sie mit der Ablehnung des Budgets verhindern.

Die Verwaltung ohne Not in ihrer Handlungsfähigkeit einzugrenzen und ineffizient zu machen und dabei auch noch die ausgezeichnete Leistung des Personals abzustrafen, entspräche meines Erachtens nicht der umsichtigen Politik, die unsere Stadt verdient.

Eine Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve kann, muss aber nicht erfolgen. Das heisst, wenn das Jahresergebnis 2023 keinen Verlust ausweist, werden wir die Entnahme nicht vornehmen müssen.

Im Jahr 2022 ist vom Grossen Gemeinderat die Steuerfusserhöhung von 100% auf 102% beschlossen worden. Der Steuerfuss ist auf Grund der aktuellen Prognosen nach wie vor berechtigt. Wie bereits gesagt werden wir alle positiven Abweichungen mit Überschüssen dazu verwenden können, die Verschuldung zurückzuführen und Adliswil auch finanziell wieder zu einer attraktiven Gemeinde werden zu lassen.

## **Detailberatung**

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Wir kommen zur **Detailberatung** und gehen die einzelnen Globalbudgets, die ja auch den Beschlussdispositiv-Ziffern entsprechen, einzeln durch.

Das Budget 2023 der Stadt Adliswil wird wie folgt festgesetzt:

- Ziffer 1 Für die Produktgruppe A Behörden und politische Rechte (Grosser Gemeinderat, Stadtrat, Schulpflege, Baukommission, Sozialkommission, Friedensrichteramt, Abstimmungen und Wahlen) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 2'187'576 Franken festgesetzt.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

- Ziffer 2 Für die Produktgruppe B Kultur und Bibliothek wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 970'843 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 3 Für die Produktgruppe C Einwohnerkontakte (Einwohnerwesen, Zivilstands-wesen, Bestattungswesen, Einbürgerungen, Stadttammann- und Betreibungsamt) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 1'729'788 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 4 Für die Produktgruppe D Finanzen (Dienstleistungen für Dritte, Tresorerie, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, Liegenschaften Finanzvermögen) wird ein Globalbudget mit einem Nettoertrag von 3'050'340 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 5 Für die Produktgruppe E Steuern (ordentliche Steuern, Quellensteuern, Grundsteuern, Steuerausscheidungen, Nach- und Strafsteuern) wird ein Globalbudget mit einem Nettoertrag von 88'322'183 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 6 Für die Produktgruppe F Raumplanung (Bau, Planung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 1'231'922 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 7 Für die Produktgruppe G Verkehr (öffentlicher Verkehr, Verkehrsnetz) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 6'235'989 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 8 Für die Produktgruppe H Ver- und Entsorgung (Wasser, Energie, Stadtentwässerung, Abfall) wird ein Globalbudget mit einem Nettoertrag von 2'632'318 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 9 Für die Produktgruppe I Landschaft (Wald/Bäche/Wiesen, Grünraum im Siedlungsgebiet, Landwirtschaft) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 1'951'652 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 10 Für die Produktgruppe J Sicherheit und Gesundheit (Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz, Ziviles Gemeindeführungsorgan, Gesundheitsschutz und -versorgung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 4'641'786 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 11 Für die Produktgruppe K Sport, Sportanlagen (Hallen- und Freibad, Sportanlage Tüfi, übrige Sportanlagen, Schiesswesen, Sportunterstützung und Gesundheits-prävention) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 4'148'217 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**

- Ziffer 12 Für die Produktgruppe L Soziale Sicherung (AHV-/IV-Zusatzleistungen, Beiträge zur sozialen Sicherung, Krankenversicherungsschutz, Persönliche und wirtschaftliche Hilfe, Pflegefinanzierung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 22'337'298 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 13 Für die Produktgruppe M Soziale Dienstleistungen und Beratung (Altersfragen, Beiträge Soziale Dienstleistungen, Jugend, Freiwilligenarbeit, Integration, Kinder-betreuung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 2'680'524 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 14 Für die Produktgruppe N Volksschule (Kindergarten/Primarschule, Sekundarschule) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 39'590'481 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 15 Für die Produktgruppe O Spezielle Förderungen (Externe Sonderschulung, Therapie und Abklärung, Beratungen und Förderung) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 6'203'468 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 16 Für die Produktgruppe P Schulergänzende Leistungen (Schulergänzende Betreuung, Musikschule) wird ein Globalbudget mit einem Nettoaufwand von 2'287'496 Franken festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 17 Die Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens mit Ausgaben von 27'950'000 Franken und Einnahmen 5'093'000 Franken mit einer Nettoinvestition von 22'857'000 Franken wird festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 18 Die Investitionsrechnung des Finanzvermögens mit Ausgaben von 730'000 Franken und Einnahmen von 404'000 Franken mit einer Nettoeinnahme von 326'000 Franken wird festgesetzt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 19 Die Entnahme aus der finanzpolitischen Reserve von 4,6 Millionen Franken wird bewilligt.  
**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**
- Ziffer 20 Der Steuerfuss der Stadt Adliswil wird auf 102% des einfachen Gemeindesteuer-Ertrags festgesetzt.

### **Thomas Iseli (FDP)**

Aufgrund der Budgetierung, bei welcher es sich immer wieder zeigt, dass der Stadtrat diese höchst pessimistisch angeht, stellen wir den Antrag, den Steuerfuss wieder auf 100% zu reduzieren, so wie wir es bisher immer hatten und gut gefahren sind damit. Die 102% erachten wir als zu hoch und bitten Sie, dem zuzustimmen.

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Hier liegt ein Antrag von Thomas Iseli vor. Er beantragt, den Steuerfuss auf 100% festzusetzen. Das Wort ist frei für das Plenum. Das ist nicht gewünscht.

### **Stadträtin Karin Fein**

Lieber Thomas, ich verstehe nicht, wie Ihr diese Reduktion beantragen könnt, wenn Ihr die Steuereinnahmen bei Ziffer 5 bewilligt habt. Diese Steuereinnahmen, die Ihr bewilligt habt bei Ziffer 5, entsprechen einem Steuerfuss von 102%. Ich möchte auf das aufmerksam gemacht haben.

### **Thomas Iseli (FDP)**

Die Sprecherin der Rechnungsprüfungskommission, die Vizepräsidentin, hat Dich, Karin, einmal angefragt, wie die Zahlen mit 100% aussehen würden. Wie sich das darstellen würde. Entweder wolltest Du das nicht hören oder Du hast es nicht gehört, was auch immer. Wir gehen davon aus, dass man das Steuersubstrat auch mit 100% bewerkstelligen könnte.

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Wir kommen zur Abstimmung und stellen dabei den Antrag von Thomas Iseli (FDP) dem Kommissionsantrag gegenüber.

**Sie haben dem Kommissionsantrag mit 18 zu 13 Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.**

Der Steuerfuss der Stadt Adliswil wird auf 102% des einfachen Gemeindesteuerertrags festgesetzt.

Ziffer 21 Der budgetierte Ertragsüberschuss von 1'000 Franken wird dem Bilanzüberschuss gutgeschrieben.

**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**

Ziffer 22 Dieser Beschluss ist vom Referendum ausgeschlossen.

**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**

Ziffer 23 Veröffentlichung von Dispositivziffer 1 – 22 im amtlichen Publikationsorgan.

**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**

Ziffer 24 Mitteilung von Dispositivziffer 1 – 22 an den Stadtrat.

**Keine Wortmeldungen, so beschlossen.**

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

### **Schlussabstimmung**

**Der Rat stimmt dem Budget 2023 mit 19 Stimmen zu 0 Stimmen und 12 Enthaltungen zu.**

Das Budget 2023 ist mit einem Gemeindesteuerfuss von 102% festgesetzt.

**Das Geschäft ist erledigt.**

## **8. Zivilstandsamt Sihltal-Albis, Zusammenschluss mit Zivilstandskreis Affoltern am Albis; Vertrag und Kreditbewilligung (GGR-Nr. 2022-49)**

Bei diesem Geschäft geht es um die Aufgabenübernahme des Zivilstandskreises Affoltern am Albis. Es soll ein neuer Zivilstandskreis "Zivilstandsamt Sihltal-Albis" entstehen. Dazu muss der Grosse Gemeinderat für die Schaffung von zusätzlichen 180 Stellenprozenten im Zivilstandsamt eine wiederkehrende Ausgabe von brutto 210'000 Franken (inkl. Sozialleistungen) ab Vertragsbeginn beschliessen.

Antrag des Stadtrats vom 4. Oktober 2022 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 7. November 2022.

### **Eintretensdebatte**

#### **Pascal Welti (GP), Referent der Rechnungsprüfungskommission**

Adliswil hat bereits jetzt ein gemeinsames Zivilstandesamt mit Langnau a.A. Der Bezirk Affoltern (14 zusätzliche Gemeinden) ist in diesem Bereich personell unterdotiert und hat deshalb im Sommer 2021 um Anschluss angefragt, dies nach Vorschlag des Gemeindeamts des Kantons. Zu den bisherigen 27'000 Einwohnern kämen dann also noch 57'000 hinzu und bildeten, wenn angenommen, per 1. Juli 2023 den neuen Zivilstandskreis Sihltal-Albis mit Sitz in Adliswil.

Die Initialkosten zur Überführung aller Ressourcen an den Sitz in Adliswil sind mit einem Kostendach von 80'000 Franken geplant und werden durch die Gemeinden aus dem Bezirk Affoltern vollständig übernommen, anteilmässig nach Einwohnerzahl. Die Traulokale in Langnau, Affoltern und Bonstetten bleiben bestehen und werden auf Anfrage weiter genutzt.

Der Zusammenschluss ist eine Win-win-Situation: es entstehen Synergien, die Verfügbarkeit von Personal und Fachwissen verbessert sich. Auch finanziell ist es für alle Seiten attraktiv, allein Adliswil spart jährlich rund 100'000 Franken, also mehr als die Hälfte des bisherigen Aufwands des Zivilstandsamts.

Zuständig für den gesamten Prozess sind die Gemeindevorstände und das Gemeindeamt des Kantons. Wir hier im Gemeinderat haben darüber zu befinden, ob die zusätzliche zwei Stellen (180 Stellenprocente) für wiederkehrende rund 210'000 Franken bewilligt werden sollen. Ein Hinweis: dieser Posten ist, da erst jetzt behandelt, nicht im Budget 2023 ersichtlich.

Die Rechnungsprüfungskommission hat am 7. November einstimmig beschlossen, dem Antrag des Stadtrats zu folgen, und empfiehlt die Annahme der Vorlage.

#### **Renata Vasella (SP)**

Bei diesem Geschäft hat es bei der SP-Fraktion keine langen Diskussionen gegeben. Die Vorteile, die sich bei einem Zusammenschluss mit Zivilstandsamt Affoltern am Albis ergeben, liegen auf der Hand. Die Personalplanung wird durch mehr Stellenprozent einfacher und es ergibt sich durch die Grösse erst noch die Chance neue Fachleute auszubilden. Das Ganze ist ja für die Stadt Adliswil auch finanziell attraktiv. Dass immer mehr Gemeinden auf Adliswil zukommen mit Anfragen auf Zusammenschluss, zeigt, dass unsere Verwaltung gut funktioniert und wir ein attraktives Angebot bieten. Einen Wermutstropfen hat der Zusammenschluss allerdings: Adliswil lässt sich vom Säuliamt her mit dem öffentlichen Verkehr sehr schlecht erreichen. Im besten Fall hat man doppelt so lange wie mit dem Auto und muss erst noch mindestens einmal umsteigen. So bleibt zu hoffen, dass man heute nicht mehr persönlich vorbeikommen muss, sondern sein Anliegen online erledigen kann oder per

Telefon. Sonst wäre das vielleicht einen Grund, über eine direkte öffentliche Verkehrsverbindung ins Säuliamt nachzudenken, vor allem, wenn in Zukunft noch mehr Anfragen auf Zusammenschluss kommen.

### **Heinz Melliger (FW)**

An der Sitzung der Rechnungsprüfungskommission vom 7. November 2022 wurde das Geschäft einstimmig gutgeheissen, obwohl einige Kommissionsmitglieder anscheinend Bedenken zu einzelnen Punkten geäussert hatten. Nach der Vorstellung durch den Stadtpräsidenten Farid Zeroual und gleichzeitiger Beantwortung der Fragen war das Geschäft schnell erledigt.

Das Geschäft ist am 7. Oktober 2022 beim Grossen Gemeinderat eingegangen und genau 30 Tage später durch die Rechnungsprüfungskommission bereits beschlossen worden. Gemäss den Protokollen der Rechnungsprüfungskommission wurde dieses Geschäft an der Sitzung vom 24. Oktober 2022 erstmalig besprochen respektive an die zuständigen Prüfer übergeben und am 31. Oktober 2022 in der RPK einmal besprochen. Wenn Ihr mich fragt, ist diese kurze Zeit rekordverdächtig. Ich bin überzeugt, dass die Rechnungsprüfungskommission den Vertrag und den Kredit ordentlich überprüft hat, was mir bei diesem Geschäft aber fehlt, ist eine ausführliche Grundsatzdiskussion.

Also schauen wir den Inhalt des Geschäftes etwas genauer an:

Die Stadt Adliswil übernimmt die Zivilstandsaufgaben des Bezirkes Affoltern a. A., dies sind insgesamt etwa 57'000 Einwohner zusätzlich aus 14 Gemeinden, wobei das Zivilstandsamt Sihltal etwa 27'000 Einwohner aus zwei Gemeinden umfasst. Das ist also beinahe eine Verdreifachung der Einwohnerzahl. Dieser Aufwand soll mit 180 Stellenprozenten, also mit einer Aufstockung in Adliswil gedeckt werden. Da sich dabei der Bezirk Affoltern grosszügig an den Kosten beteiligt, werden die voraussichtlichen Kosten für Adliswil im Vergleich zu den Vorjahren deutlich reduziert werden. Aber auch diese Medaille hat zwei Seiten. Durch diese vertragliche Vereinbarung entstehen zusätzliche Verbindlichkeiten für die Stadt Adliswil, das heisst, die Verwaltung in Adliswil übernimmt Aufgaben ausserhalb der eigenen Gemeinde, sogar ausserhalb des eigenen Bezirkes. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass die damit verbundene Personalverantwortung vollumfänglich in Adliswil sein wird.

Für mich ist es leider unerklärlich, warum wir in Adliswil ein solches Dienstleistungszentrum aufbauen sollen, für Aufgaben ausserhalb unseres Bezirkes Horgen.

- Machen wir dies nur um die eigenen Kosten zu reduzieren?
- Lohnt es sich, dafür grosse Risiken auf unsere Schultern zu nehmen?

Einen wichtigen Aspekt haben wir bis anhin noch gar nicht beachtet, und zwar die Umweltverträglichkeit dieses Geschäftes. Wie können wir als vorbildliche Gemeinde die Situation erklären, dass Trauungen aus dem Bezirk Affoltern, wohlbemerkt aus Gemeinden hinter dem Albis, in Zukunft mit all seinen Teilnehmern und Gästen in Adliswil stattfinden könnten, oder dass der Zivilstandsbeamte mit Tempo 60 über den Albis fährt, um in einem anderen Bezirk Trauungen vorzunehmen? Seldwyla lässt grüssen.

Meine Ratskollegen und Ratskolleginnen, diesem Geschäft kann nur ein Teil der Freien Wähler zustimmen, und ich bin extrem gespannt, welche Fraktionen unsere Meinung heute nicht teilen, obwohl sie sich bis anhin immer für einen Abbau in der

Verwaltungsabteilungen stark gemacht haben. Sich für eine schlanke Verwaltung ausgesprochen haben.

Die Stadt Adliswil befindet sich noch immer im Wachstum und es werden noch etliche Probleme und Aufgaben innerhalb unserer Gemeinde auf uns zukommen, welche es zu bewältigen geben wird, und da spielen Aufgaben und Dienstleistungen ausserhalb unserer Gemeinde logischerweise eine mindere oder sekundäre Rolle.

Wir sind überzeugt, wenn Ihr im innersten ehrlich zu Euch selbst seid, könnt Ihr heute solche Verpflichtungen für die kommenden Generationen nicht eingehen und Ihr müsstet dieses Geschäft ebenfalls ablehnen.

### **Pascal Engel (EVP)**

Ich habe nicht damit gerechnet, dass dieses Geschäft umstritten ist. Es ist vielen klar: Es gibt eine Reihe von Vorteilen und keine offensichtlichen Nachteile, abgesehen von einmaligen Initialkosten und einer gewissen Unsicherheit bezüglich Zustandsqualität der Akten, welche die Stadt Adliswil "erbt". "Bim Säuliamt weisch ja nie".

Wir können davon ausgehen: Die Zusammenarbeit der 16 Gemeinden führt zu tieferen Kosten für alle Beteiligten. Nebst diesen finanziellen Synergien bringt es auch Vorteile in der Organisation. Das Personal profitiert von einer erhöhten Flexibilität z.B. in der Stellvertretung, und die Absicherung der Präsenzzeiten liegen im Interesse der Bevölkerung. So haben alle etwas davon. Es ist ein Anschlussvertrag mit der Stadt Adliswil als Trägergemeinde mit Anschlussgemeinden, nicht das Gleiche und abzugrenzen von Zweckverbänden bei Entsorgung oder Zivilschutz. Auch dort geht es um Zusammenlegung, Rationalisierung und mehr Effizienz in der Organisation. Aber hier tritt die Stadt Adliswil als Trägergemeinde auf und erbringt Dienstleistungen auf dem Gemeindegebiet Dritter – eine Art "Dienstleistungszentrum" wie Heinz gesagt hat. Das kennen wir bereits von der Musikschule Adliswil-Langnau und von der Kommunalpolizei, welche beide gut funktionieren. Es ist also ein Zeichen dafür, dass die Prozesse in der Verwaltung gut funktionieren. Das ist erfreulich. Zum einen gibt es einen Prozess, den man gut definieren und beschreiben kann und den man kennt und zum andern kann man Prozesskosten abschätzen und Skaleneffekte realisieren.

Unsere Verwaltung ist ausbaufähig, das ist ein gutes Zeichen. Mit dem vorliegenden Anschlussvertrag bestätigt sich die Stadt Adliswil als Dienstleistungserbringerin. Wir sind "begehrte Partner" für andere Gemeinden. Ähnlich beim neuen Geschäft, welches uns noch bevorsteht zur "Jugendarbeit mit Langnau", welches wir auch noch im Grossen Gemeinderat behandeln werden.

Nach diesem "Loblied" auf unsere Stadtverwaltung möchte ich auch noch einen Wunsch anbringen: Es wäre gut, wenn der Stadtrat überprüfen würde, ob sich die erhofften, geplanten Kostenreduktionen auch in der Masse realisieren lassen. Und selbstverständlich darf der Stadtrat auch gerne darüber berichten. Am 6. Juni 2018 hat der Grosse Gemeinderat den Anschlussvertrag zur Übernahme der kommunalpolizeilichen Aufgaben der Gemeinde Langnau am Albis beraten und genehmigt. Damals wurde eine Kostenreduktion für Adliswil um rund 7% in Aussicht gestellt. Ich weiss aber nicht, ob sich dies effektiv so realisiert hat.

Kosteneinsparungen ergeben sich auch durch die Digitalisierung, indem papiergebundene Kommunikation reduziert und Prozessablaufzeiten verkürzt werden. Viele

Verwaltungsvorgänge sind heute schon "online". Die Digitalisierung stellt die Verwaltung einerseits vor neue Herausforderungen, gibt aber andererseits auch die Möglichkeit für schnelle, sichere und kostengünstige Transaktionen. Wir wollen keine träge Bürokratie, sondern eine effiziente, nutzerfreundliche und leistungsstarke Verwaltung. Die Verwaltung ist ja schliesslich kein Selbstzweck, sondern soll den Bürgern und den Unternehmen dienen. Ich habe persönlich kein Problem damit, wenn sich das Säuliamt da anhängt. Die Analyse, Dokumentation und Vereinfachung der Prozesse ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass man durchgängig IT-abgestützte und möglichst medienbruchfreie Abläufe einführen kann. Die Erbringung öffentlicher Leistungen ist auf dem Weg dahin. Stichwort Digitale Verwaltung. Das Thema bleibt uns sicher erhalten.

### **Erwin Lauper (SVP)**

So wie ich verstanden habe, hat Affoltern a. A. schon ausserhalb von Adliswil nach einer Lösung gesucht und wahrscheinlich alles Absagen bekommen. Adliswil ist jetzt sozusagen der Notnagel. Ganz ehrlich, das passt mir schon mal nicht. Dann war noch die Rede von 180 Prozentstellen, die zu uns kommen. Müssen wir bald wieder am Stadthaus anbauen, wenn wieder mehr zu uns kommen? Ich persönlich bin dagegen.

### **Stadtpräsident Farid Zeroual**

Beim Match zwischen Frankreich und Marokko steht es aktuell 2 zu 0 für Frankreich. Ich glaube, wir werden das Ende des Matches nicht mehr erleben, weil ich jetzt noch einige Minuten sprechen darf. Jetzt aber zum Wesentlichen. Wir haben hier eine Triple-A-Vorlage, eine zweifache Triple-A-Vorlage, denn es geht nämlich um Affoltern am Albis und um Adliswil auf der anderen Seite vom Albis. Ich danke dem RPK-Referenten um seine Ausführungen. Es geht bei diesem Geschäft tatsächlich um signifikante Kostensenkungen für die Stadt Adliswil. Wir hörten in der Vergangenheit immer wieder, dass die Stadt effizienter werden und Kosten senken oder einsparen soll. Ich glaube, mit diesem Geschäft machen wir das. Wir haben weiterhin Effizienz in der Personalführung und wir haben einen Vorteil, von dem auch Adliswil profitiert, wir werden eine breitere Abdeckung haben von Fachwissen und mehr Möglichkeiten für Ferienstellvertretungen.

Ich danke allen Votanten für die differenzierten Voten und auch für die Einschätzung, dass es eine rekordverdächtig schnelle Behandlung durch die Kommission war. Ich kann dies tatsächlich nachvollziehen, wir haben dieses Geschäft lang vorbereitet, es ging zur Kommission und einen Monat später konnte ich dort Auskunft geben darüber. Es hat mich aber auch nicht speziell erstaunt, denn die Übernahme von Verantwortung für andere Gemeinwesen ist eine bereits vielfach gelebte Praxis in Adliswil.

Polizei Adliswil – Langnau am Albis, Musikschule zusammen mit Langnau am Albis, Zivilstandsamt zusammen mit Langnau am Albis, das Friedensrichteramt und wir haben mit Thalwil und Langnau eine gemeinsame ARA und mittlerweile arbeiten auch unsere Landeskirchen im Sihltal zusammen. In dem Sinne sind wir ein gesuchter Partner. Unsere Dienstleistungen sind gefragt. Dann ist noch der Punkt bezüglich der Erreichbarkeit von unseren Dienstleistungen, ein Wermutstropfen, wie es von der SP und den Freien Wählern erwähnt wurde. Ich habe die dokumentierten Zahlen des Zivilstandsamts der Rechnung 2021 hervorgehoben. Da sind

in der Produktegruppe C2 Zivilstandswesen, alle Geschäftsfälle zusammengezählt, rund 1560 Geschäftsfälle gewesen. Persönliche Anwesenheit ist erforderlich bei Eheschliessungen und Anerkennungen, das waren 104. Wir haben hier also etwa 6,5% der Geschäftsfälle, welche persönliche Anwesenheit erfordern. Ähnlich dürfte das auch in Affoltern sein. Ich habe noch zum Thema Anfahrtsweg für die Bevölkerung aus Affoltern, also 9 Gemeinden, welche diesem Vertrag zustimmen mussten, eine kurze Ausführung. Adliswil hat eine Gemeindefläche von 7,8 km<sup>2</sup>, Affoltern hat eine Fläche von 10,6 km<sup>2</sup> und der gesamte Bezirk Affoltern am Albis hat 113 km<sup>2</sup>. Es ist also tatsächlich so, dass die Einwohner der Bezirksgemeinde Affoltern so oder so schon einen Weg unter die Füsse oder die Räder nehmen mussten, um Zivildienstleistungen, so vor Ort erforderliche Anwesenheit, zu konsumieren.

Ich bin zuversichtlich, dass wir hier wirklich eine gute Lösung haben, wir sind ein gefragter Partner und nicht nur ein Notnagel. In diesem Sinne bitte ich Sie, dieser Vorlage zuzustimmen

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben damit Eintreten beschlossen.

### **Detailberatung**

Ziffer 1 Für die Schaffung von zusätzlichen 180 Stellenprozenten im Zivilstandsamt wird eine wiederkehrende Ausgabe von brutto 210'000 Franken (inkl. Sozialleistungen) ab Vertragsbeginn bewilligt, sofern der neue Zivilstandskreis Sihltal-Albis gebildet werden kann.

Ich werde das Erreichen des Quorums der Ausgabenbremse mit der Schlussabstimmung abfragen.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

Ziffer 2 Dispoziffer I dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

Ziffer 3 Der beleuchtende Bericht wird im Falle einer Urnenabstimmung vom Stadtrat verfasst. Die Minderheitsmeinung des Grossen Gemeinderats wird vom Büro des Grossen Gemeinderats verfasst.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

Ziffer 4 Veröffentlichung von Dispositivziffer I im amtlichen Publikationsorgan.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

Ziffer 5 Mitteilung von Dispositivziffer I an den Stadtrat.  
**Keine Wortmeldungen; so beschlossen.**

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

### **Schlussabstimmung**

Mit der Abstimmung stellen wir gleichzeitig fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht aus 36 Mitgliedern. Für die Annahme dieses

Antrags, resp. der Ziffer 1, braucht es das absolute Mehr, also mindestens 19 Stimmen. Kommen weniger als 19 Stimmen zustande, ist die Ausgabe abgelehnt.

Sie haben der Vorlage mit 26 Stimmen zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Damit haben Sie zur Schaffung von zusätzlichen 180 Stellenprozent im Zivilstandsamt eine wiederkehrende Ausgabe von brutto 210'000 Franken (inkl. Sozialleistungen) ab Vertragsbeginn zugestimmt, sofern der neue Zivilstandskreis Sihltal-Albis gebildet werden kann.

**Das Geschäft ist erledigt.**

## 9. Verabschiedung

Bevor ich die Sitzung schliesse, kommen wir noch zu einer Verabschiedung. Erwin Lauper hat seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat per Ende Dezember 2022 erklärt.

Erwin Lauper trat im November 2010 als Nachfolger von Bernd Riesen in den Rat ein. Im Oktober 2012 wurde er in die Sachkommission gewählt und blieb der Kommission bis heute treu.

Lieber Erwin, mit viel Engagement hast Du Dich in den letzten Jahren für den Grossen Gemeinderat und in der SAKO eingesetzt. Ich danke Dir im Namen des Grossen Gemeinderats ganz herzlich für Deine geleistete Arbeit. Ein Geschenk kann ich Dir heute nicht überreichen, da Du Dich entschieden hast, Deine Anerkennung an die Stiftung Kinderhilfe Sternschnuppe zu spenden. Ich bitte Dich trotzdem kurz nach vorne zu kommen, damit ich Dir Deine Urkunde überreichen kann (*Beifall*).

### **Erwin Lauper (SVP)**

Jetzt ist es soweit, bin eigentlich fast froh. Ich werde nicht lange sprechen, sonst erfrieren wirklich noch alle hier drin. All die Jahre mit Euch zusammenzuarbeiten hat mir Spass gemacht. Manchmal mehr und manchmal weniger, aber das muss auch so sein. Jemand, welche mir, wenn ich etwas hatte, immer treu zur Seite gestanden ist, bei dummen Fragen oder so, ist Vanessa Ziegler. Darum möchte ich ihr ein kleines Geschenk überreichen, als Dank für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit (*Beifall*). Tschüss zusammen, macht es gut und schöne Festtage!

### **Ratspräsident Wolfgang Liedtke**

Lieber Erwin, ich möchte noch hinzufügen, dass wir Deine Spende überwiesen haben und bedanke mich herzlich bei Dir dafür.

### **Urs Künzler (SVP)**

Lieber Erwin, Ich weiss gar nicht so recht was ich sagen soll, Du hast uns mit Deinem Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat auf dem linken Fuss erwischt und das ist jetzt nicht politisch gemeint.

Klammheimlich hast Du mit einer Nacht- und Nebelaktion Deine Demission beim Bezirksrat eingereicht. Ich vermute Du wolltest damit Überredungsversuche unsererseits zum Bleiben von vornherein ausschalten. Ein anderer Grund könnte sein,

dass Du Deinem ehemaligen Kompaniekommandanten Ueli Maurer nacheifern wolltest nach dem Motto "kei Luscht meh".

Du bist ja schuld daran, dass ich Dich hier verabschieden muss oder darf. Hätte ich mich von Dir vor vielen Jahren in den Skiferien nicht überreden lassen, mich als Füller auf die Wahlliste setzen zu lassen, stände ich jetzt nicht an diesem Pult. Kennengelernt haben wir uns vor Jahrzehnten in der Feuerwehr Adliswil.

Unser gemeinsames Hobby, das Motorradfahren, führte uns mit unzähligen Reisen durch ganz Europa, wo wir tausende Eindrücke und Erlebnisse sammeln konnten. Du bist für mich zu einem sehr guten Freund geworden, auf den jederzeit Verlass ist, auch wenn Du Ecken und Kanten hast, mit denen nicht jeder gut umgehen kann.

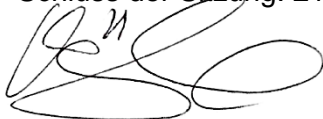
Seit November 2010 bist Du Mitglied im Grossen Gemeinderat und seit vielen Jahren in der Sachkommission. Du bist nicht bekannt für langfädige ausufernde Reden und stehst auch nicht an jeder Sitzung am Rednerpult. Aber wenn, dann vehement und eindrücklich, kurz und klar, in den meisten Fällen begleitet und untermalt von anschaulichen Aktionen, die in Erinnerung bleiben. Du wirst eine grosse Lücke hinterlassen in diesem Rat.

In der Fraktion hattest Du immer klare und unverrückbare Ansichten, die Du auch standhaft vertreten hast. Du konntest Dich auch in Feuer und Rage reden, wenn Dir etwas gegen den Strich ging. Ein Blatt hast Du nie vor den Mund genommen. Du standest auch immer für bodenständige und klar verständliche Politik. Die abgehobene und vielfach unverständliche Juristenpolitik war Dir ein Gräuel, das hast Du in der Fraktion immer wieder zum Ausdruck gebracht.

Ja, lieber Erwin, wir werden Dich und Deine markigen Voten schmerzlich vermissen. Wir wünschen Dir von Herzen, dass Du die zusätzliche Freizeit geniessen und noch öfter in die Skiferien fahren kannst. Wir hoffen, dass Du die gewonnene Zeit nicht zum Arbeiten verwendest. Deinen Terminkalender kannst Du jetzt grosszügig entrümpeln. Bleib gesund und munter. Bestem Dank für Deine geleistete Arbeit für unsere Stadt, die Adliswiler Bevölkerung und unsere Fraktion. Mit den besten Wünschen von Deinen Fraktionskolleginnen und Kollegen habe ich Dir noch einen kleinen Zustupf für die Ferien.

**Die Sitzung ist geschlossen.**

Schluss der Sitzung: 21.57 Uhr



Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin